

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (C. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur und Verleger: A. Bringmann, Hamburg.
Redaktion, Verlag u. Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 57/66, III.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 g ,
für Versammlungsanzeigen 10 g pro Zeile.

Der Zimmermann.

Naum weicht die Nacht. Doch in den jungen Tag
Dröhnt vom Gerüst schon hallend Schlag um Schlag.

Noch lagern Schatten unten um den Bau
Wie trübes Zwielicht, nebelhaft und grau,
Und schattengleich, so wandert Mann um Mann
Zum Lagerwerke wieder nun heran.
Sie schau'n nach oben, wo der Himmel dräut,
Und murmeln mürrisch: „Schlechtes Wetter heut!“

Was fangen wir erst mit dem Schaffen an?

Eh' unsre Hand ein wenig Lohn gewann
Häuft sich das Wolkenheer zu Sturm und Stoß,
Und prasselnd bricht ein scharfes Wetter los.
Leicht packt es einen, der dort oben schafft,
Und eh' ers denkt, ist er dahingerafft.
Heut harren wir umsonst auf Brot und Licht,
Denn diese Finsternis erhellt sich nicht.“

„Die Sonne kommt!“ erklingt es froh und wach
Wie Jubelruf herunter von dem Dach.

Die unten schau'n verwundert um sich her
Und schütteln ihre Köpfe zag und schwer.
„Sei still, du Tropf!“ so schreit ergrimmt der Hauf.
Er aber ruft: „Steigt nur zu mir herauf.“
Die Sonne kommt! Wenn ihr sie noch nicht seht,
Ist's eure Schuld, weil ihr dort unten steht!“ e. p.

Die Berechtigung der gewerkschaftlichen Forderungen und Kämpfe.

I.

Berechtigte und unberechtigte Arbeiterforderungen.

Es ist den Arbeiterfeinden, besonders den Scharfmachern, die Tatsache unerträglich, daß die Gewerkschaften an Macht und Einfluß ständig gewinnen. Denn alle ihre Bemühungen und Unterdrückungsversuche stellen sich als verfehlt heraus. Aber die Bemühungen und Unterdrückungsversuche der Arbeiterfeinde werden immer aufs neue angestachelt. Nur schwer können sich die Scharfmacher mit dem Gedanken abfinden, daß die großartige Entwicklung der Gewerkschaften nicht aufgehalten werden kann und daß selbst die schweren Wirtschaftskrisen nicht dazu angetan sind, die Erfolge und Errungenschaften der Gewerkschaften zu zerstören.

Deshalb richten die industriellen Scharfmacher ihr Hauptaugenmerk auf den Ausbau ihrer Organisationen und die Verstärkung ihres Einflusses. Ganz besonders ist es ihnen um die Abwehr der gewerkschaftlichen Forderungen und der sozialen Gesetzgebung zu tun. In der Verfolgung ihres Zieles ist ihnen jedes Mittel recht. Zu Wahlzeiten korrumpieren sie mit ihren reichlich fließenden Geldern die bürgerlichen Parteien und bringen in die einflussreichen Stellen ihre Vertreter. Die Arbeiterfeinde aller Richtungen verheizen weite Volkskreise und die Regierung gegen die moderne Arbeiterbewegung, der sie den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung anhängen; der sie nachsagen, daß sie ganz unberechtigte und unerfüllbare Forderungen nur zu dem Zwecke erhebe, um ihre Macht zu erproben und um die individuelle kapitalistische Produktion unrentabel und unmöglich zu machen. Selbstverständlich sind auch die geringsten und von der Teuerung diktierten gewerkschaft-

lichen Forderungen für die Scharfmacher unerfüllbar und unberechtigt, gegen die sie alle Mittel spielen lassen. Dabei passiert es denn nun oftmals, daß die industriellen Scharfmacher in ihrem Uebereifer zu unfreiwilliger Anerkennung der Berechtigung der Arbeiterforderungen kommen.

So heißt es in einem kürzlich von der „Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen“ versandtem Schreiben unter anderem:

„Angesichts der wachsenden Macht der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter (Jahreseinnahme Ende 1909: über 50½ Millionen Mark, Vermögensbestand 43½ Millionen Mark) und ihrer großen Aufwendungen für Streik- und Gemäßregelungenunterstützungen (1905 bis 1909 mehr als 53 Millionen Mark) ist für die Industriellen außer der Organisation in Arbeitgeberverbänden der Anschluß an eine Streikentschädigungsgesellschaft eine dringende Notwendigkeit.

Die durch die Reichsfinanzreform herbeigeführte allgemeine Verteuerung des Lebensunterhalts läßt bei Fortdauer der steigenden Konjunktur für das kommende Jahr so mächtige Lohnbewegungen und so zahlreiche Arbeitseinstellungen erwarten, wie wir sie in dieser Ausdehnung und Heftigkeit im Deutschen Reiche noch nicht gesehen haben. Um übertriebene Forderungen der Arbeiter beschränken oder zurückweisen und es im Notfall auf die äußersten sozialen Kampfmittel — Streik und Aussperrung — ankommen lassen zu können, kann der Anschluß an unsere Gesellschaft jedem industriellen Arbeitgeber nicht dringend genug empfohlen werden.“

In diesem für die Unternehmer bestimmten Schreiben wird unumwunden zugegeben, daß die zu erwartenden Lohnforderungen und Arbeitskämpfe keine Machtproben der Gewerkschaften sind, sondern als ganz unerwünschte Folgen der durch eine volksfeindliche Zoll- und Steuerpolitik herbeigeführten Teuerung eintreten müssen. Zugleich wird damit die Schuld der kapitalistischen Klassen an der Verteuerung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung und an der zunehmenden Beunruhigung der Industrie zugegeben. Damit wird aber auch die ungeheure Bedeutung der Gewerkschaften für die arbeitenden Klassen ausgesprochen; denn vor den Gewerkschaften ist dem profitgierigen Unternehmertum bange, deshalb organisiert es sich, um die von ihm selbst verschuldeten gewerkschaftlichen Forderungen abzuwehren. Welch treffende Charakterisierung der unvernünftigen und unsinnigen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung! Es ist deshalb auch eine unverantwortliche Verdrehung und eine bodenlose Heuchelei, wenn von den Arbeiterfeinden die sich naturnotwendig ergebenden Arbeiterforderungen als herausfordernd, als unverschämt und unberechtigt ausgegeben werden.

Die Arbeiterforderungen sind nur zu berechtigt und haben sich in so bescheidenen Grenzen bewegt, daß durch ihre Erfüllung oft nicht einmal die Teuerung ausgeglichen, geschweige denn die Aufrechterhaltung der Betriebe unmöglich gemacht wurde. Es ist nicht wahr, daß die Gewerkschaften mit ihren Forderungen Streiks und Aussperrungen provozieren. Die Forderungen sind berechtigt und erfüllbar, das hat sich nach allen Arbeitskämpfen noch herausgestellt. Wenn die Streiks und Aussperrungen sich mehren, so ist das der grenzenlosen Profitgier und dem bornierten Herrenstandpunkt des Unternehmertums zuzuschreiben. Unberechtigte Arbeiterforderungen existieren nur in der Phantasie der Arbeiterfeinde. Diese Phantasie ist beeinflusst worden durch eine strupellose Verdrehungskunst der Scharfmacher, die mit allen Mitteln verhindern wollen, daß durch die Arbeiterforderungen ihrer unbegrenzten Ausbeutungs- und Profitgier eine Grenze gesetzt wird; die verhindern wollen, daß die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben erlangt.

Erfreulicherweise sehen sich die erstarkenden Gewerkschaften immer mehr in die Lage versetzt, die nur zu berechtigten Arbeiterforderungen zur Geltung und Durchführung zu bringen. Das haben denn auch die schlimmsten Feinde der Gewerkschaften, die Scharfmacher, einsehen müssen, weshalb sie so sehr auf den weiteren Ausbau ihrer Organisationen bedacht sind. Das hat auch einer der tätigsten und einflussreichsten Wortführer des Scharfmachertums, der ehemalige Generalsekretär des Zentralverbandes der Industriellen, Bueck, rückhaltlos ausgesprochen. In seiner Abschiedsrede vom Dezember 1910 heißt es: „Ich habe früher die Ansicht vertreten, daß auch selbst die stärksten Gewerkschaften der vereinigten Arbeiterschaft gegenüber nicht bestehen könnten. Diese Ansicht habe ich heute nicht mehr.“

Gewerkschaftliche Anregungen.

Th. Berlin, 18. Juni.

Ruhen die Macher der sogenannten hohen Politik von ihren parlamentarischen Strapazen aus und tragen sie ihr Würdebewußtsein in einem der fashionablen Seebäder oder in einem Kurort mit heilkräftigem Quell spazieren, so kommt die Zeit für die andern Menschen, sich zu Kongressen zu versammeln. Im allgemeinen tut das niemand weh und ist auch nicht so schädlich, wie etwa die Neblaus. Haben diese Kongresse, deren jährlich eine schier unheimliche Menge abgehalten werden, auch nicht die Aufgabe, die Fäden der Gesetzgebung weiterzuspinnen, so steht ihnen doch das unbestrittene Recht zu, bezüglich der Menge der Blechproduktion in siegreicher Konkurrenz mit den Herren von der hohen Politik zu treten. Und mancher Kongress stellt, so schwer das auch ist, in diesem Punkte die Parlamente noch in den Schatten. Freilich finden auch wissenschaftliche Fachkongresse statt, auf denen eine staunenswerte Fülle von Spezialkenntnissen zutage tritt. Im allgemeinen jedoch bleibt von den überfüllten Kongressen, nachdem sie wieder geschlossen worden sind, kaum etwas mehr übrig als von einem Echo, das in den Felswänden erklingen ist. Man hält Reden, faßt Beschlüsse oder auch nicht, und alles bleibt beim alten. Den bürgerlichen Kongressen fehlt eben, von seltenen Ausnahmen abgesehen, die Kraft und der Einfluß, das in die Wirklichkeit umzusetzen, was sie als Ziel ihres Strebens durch Beschlüsse festgelegt haben.

Da ist es schon etwas anderes um den achten Gewerkschaftskongress, der in der letzten Juniwoche in Dresden tagen wird. Gewiß! Auch wir sind Menschen und müssen mit Wasser kochen. Auch auf unsern Parteitagen und Kongressen wird manches beschlossen, was auf dem Papier stehen bleibt. Nur ist das nicht die Regel. Die Reichsregierung und die Agrarier wissen beispielsweise ein Vieblein zu singen, was ihnen unser Leipziger Schnapsbohntenschluß eingebracht hat. Das ist ihnen bis mitten ins Herz gedrungen, allwo ihr Portemonnaie seinen Sitz hat. Daß der Schnapsbohntenschluß einen so vielversprechenden Anfang genommen hat, ist nicht zum wenigsten der Mitwirkung der Gewerkschaften zu danken, die im Sinne des Leipziger Beschlusses ihren Einfluß auf ihre Mitgliedschaften geltend gemacht haben.

Es ist ein gewaltiger Weg, den die deutschen Gewerkschaften in den zwei Jahrzehnten, seit sie alle drei Jahre zu allgemeinen Kongressen zusammentreten, zurückgelegt haben. Mit dem äußeren Wachstum ist eine Festigung des inneren Gefüges Hand in Hand gegangen, die den Reid aller Feinde, die laute Anerkennung aller Freunde weckt. Welcher große Prozeß der Klärung über grundsätzliche Haltung und taktische Fragen hat durchgemacht werden müssen, ehe in allen wichtigen Punkten die unerlässliche Uebereinstimmung erzielt ward! Wie hat die Generalkommission der Gewerkschaften den schwierigen Weg finden müssen, der die Selbstständigkeit der einzelnen Gewerkschaften garantiert und doch alle zur gleichen Aktion zusammenschweißt? Wie haben die Gewerkschaften den von innen kommenden Sprengversuchen ebenso erfolgreich Widerstand zu leisten vermocht, wie den Mächten von außen her! Heute

stehen die freien Gewerkschaften Deutschlands als ein Bau da, der den Proletariern anderer Länder vorbildlich ist und der mit seinem Zweimillionenheer zwar bei weitem noch nichts Vollkommenes bietet, aber doch seinen Mitgliedern an Schutz gewährt, was in dieser kurzen Zeit und bei den unzulänglichen Mitteln nur irgend erreicht werden konnte. Wir dürfen mit Genugtuung auf unsere Gewerkschaften blicken und zuversichtlich erwarten, daß das stark pulsierende Leben ihre weitere Entwicklung gewährleistet. Mögen uns auch manche Einzelzüge nicht behagen, so wird der Einsichtige doch nie vergessen, daß unsere Gewerkschaften ein Werden sind und daß sie in zwei Jahrzehnten für die Arbeiter schon mehr und Besseres geleistet haben als der Staat in Jahrhunderten. Sind Fehler gemacht worden, so entspringen sie nicht üblem Willen, sondern den Umständen. Solange in den einzelnen Mitgliedschaften die geistige Regsamkeit nicht erlischt, werden stets die Kräfte vorhanden sein, begangene Irrtümer zu beseitigen. Und wenn man die zahlreichen Anträge liest, die für den Dresdener Kongress eingebracht worden sind, so ist kein Zweifel erlaubt, daß tatsächlich die Regsamkeit in unsern Gewerkschaften nicht erloschen ist. Gar mancher der eingereichten Anträge ist verquert. Tut nichts. Ungleich gefährlicher als falsches Wollen ist die geistige Trägheit. Auch ist schon mancher Antrag, über den anfangs gewißelt wurde, mit der Zeit als berechtigt anerkannt worden. Also darüber braucht sich niemand aufzuregen, wenn er unter den Anträgen und Resolutionen, die in Dresden zur Beratung stehen werden, manchen findet, der ihm nicht gefällt. Das regelt sich von selbst.

Andererseits liegen Anregungen vor, die dem Gewerkschaftsleben neue Aufgaben stellen und die in ihrem Kern volle Beachtung verdienen. Zwei Gruppen seien aus dem Bündel herausgegriffen. Die eine befaßt sich mit den Streikunterstützungen, die andere mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeiterkonsumvereinen.

Der Hauptvorstand der Bildhauer beantragt, eine allgemeine Kasse ins Leben zu rufen, zu der sämtliche Zentralverbände nach ihrer Mitgliederzahl regelmäßige Beiträge zu leisten haben zwecks Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen, die von den betreffenden Verbänden allein finanziell nicht durchgeführt werden können. — Wehnliches verlangen die Bauarbeiter in Düsseldorf. Sie wünschen, es möge auf dem Wege des Umlageverfahrens die gesamte organisierte Arbeiterkraft zu den Unkosten großer wirtschaftlicher Kämpfe herangezogen werden, weil das bisherige Sammelsystem völlig unzureichend sei. Ueber die Notwendigkeit derartiger Aktionen soll die Generalkommission in Verbindung mit den Hauptvorständen entscheiden. — Auch die Metallarbeiter in Berlin und Gotha haben beantragt: Bei Aussperrungen, deren Unterstützung infolge ihres Umfanges nur mit außergewöhnlichen Mitteln möglich ist, ist von allen der Generalkommission angeschlossenen Verbänden ein der Mitgliederzahl entsprechender Beitrag zu erheben. — Die Fabrikarbeiter in Neumünster machen bereits den speziellen Vorschlag, von sämtlichen Organisierten einen Extrabeitrag von wöchentlich 5 M zu erheben, der unberührt jedes Vierteljahr an die Generalkommission abzuführen ist.

Es ist nicht das erstemal, daß Anregungen laut werden, die eine Neuregelung der Unterstützungen bei großen Streiks und Aussperrungen zum Ziele haben. Voraussetzlich werden alle diese Anträge in Dresden zu keinem positiven Ergebnisse führen.

Daselbe ist zu sagen von der zweiten Gruppe, die sich mit dem Verhältnis zu den Konsumvereinen befaßt. Dazu beantragen die Bauarbeiter in Bremen, die Generalkommission solle zwischen den Arbeiterkonsumvereinen und den Gewerkschaften ein Kreditssystem in die Wege leiten, nach welchem den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern der Konsumvereine von letzteren ein Kredit eingeräumt wird, der sich nach der Mitgliedsdauer und nach der Höhe des Umsatzes richtet und bei Notfällen nach Anweisung durch die Gewerkschaften in Kraft treten soll in Gestalt von Warenabgabe auf Kredit. — Die Fabrikarbeiter in Gartha beantragen die Errichtung von Papierfabriken für den Bedarf der Partei, der Gewerkschaften und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. — Das Gewerkschaftskartell in Weßlar möchte die Propaganda für die Wichtigkeit der Konsumvereine in den Gewerkschaften noch intensiver betreiben sehen. — Mehrere Resolutionen wollen die Konsumvereine in den Dienst des Kampfes gegen schädliche Heimarbeit stellen. Ferner sollen die Konsumvereine Waren nur von solchen Firmen beziehen, die sich kontraktlich verpflichtet haben, die für ihre Branche abgeschlossenen gewerkschaftlichen Tarife anzuerkennen. Einschneidend ist der Antrag, ein Boykott dürfe nur dann über Lieferanten der Konsumvereine verhängt werden, wenn die Generalkommission dem Vorstand der beteiligten Gewerkschaft die Zustimmung zum Boykott erteilt hat und wenn die von der Generalkommission anzurufende Vermittlung durch den Zentralvorstand deutscher Konsumvereine keinen Erfolg gehabt hat. — Schließlich befaßt sich eine Resolution mit dem Ausbau der industriellen Produktgenossenschaften durch die **Großverkaufsgesellschaft**.

So wird es dem Dresdener Kongress nicht an wertvollen Debatten fehlen. Es ist naturgemäß, daß die Gewerkschaften einen größeren Einfluß auf die Konsumgenossenschaften zu gewinnen suchen. Die Gewerkschaftsbewegung muß wie in die Tiefe, so auch in die Breite streben. Denn ihr Ziel ist die Erweiterung der wirtschaftlichen Macht. Ein Stein ist bei diesem Bau auf den andern zu fügen, bis das letzte Ziel, die Beseitigung der heutigen Produktionsweise, erreicht sein wird.

Reichsversicherungsordnung.

I.

Allgemeines über die Neuordnung.

In der Pfingstwoche hat der Reichstag die Reichsversicherungsordnung nebst Einführungsgefez erledigt und gleich darauf hat der Bundesrat den Gesekentwürfen seine Zustimmung erteilt. Sowohl im Reichstag wie auch im Bundesrat ist diesmal mit einer jagenden Schnelligkeit gearbeitet worden, wie das sonst bei sozialpolitischen Gesekentwürfen nicht üblich war. Die seit Jahren in Aussicht gestellte „Reform der Sozialgesetze“ und die den Witwen und Waisen seit 1902 versprochene „Hinterbliebenenversicherung“ hat mit einer schamlosen Entschaltung der Versicherten und mit einer großen Enttäuschung für die demnächstigen Witwen und Waisen geendet. Doch darüber hat sich die Majorität des Reichstages mit der größten Seelenruhe hinweggesetzt; ja die Herrschaften hielten es nicht einmal für angebracht, auf die immer wieder gestellten Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten überhaupt rednerisch einzugehen. Nach Begründung durch unsere Genossen erfolgte einfach planmäßig die Ablehnung ihrer Anträge entweder durch die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien, oder doch durch die übergroße Mehrheit derselben (Konervative, Zentrum, Nationalliberale). Nicht genug damit, der schwarz-blau-nationalliberale Kompromißblock versuchte sogar, bis in die dritte Lesung hinein den Gesekentwurf noch zu verschlechtern. Zum Beweise dafür sei zum Beispiel die Kürzung der Wöchnerinnenunterstützung um die Hälfte für die Mitglieder der Landkrankenkassen angeführt. Mit diesem Antrage wurde der Reichstag gewissermaßen überrumpelt. Trotz hartnäckiger Gegenwehr unserer Genossen wurde er angenommen. Unter den von der Majorität abgelehnten Anträgen befand sich unter andern auch einer, der früher schon von Vertretern aller Parteien eingereicht worden war. Es betraf dieser die Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre zum Bezuge der Altersrente. Dieser Antrag würde die 31 Versicherungsanstalten mit rund 29 Millionen Mark belasten. Auf jede Versicherungsanstalt entfiel im Durchschnitt noch nicht eine Million Mark. Die Regierung erklärte dem Antrag für „unannehmbar“, ebenso einen freisinnigen Antrag des Abgeordneten Böttchhoff, die Herabsetzung der Altersgrenze — wenn zurzeit noch nicht angängig — vom 1. Januar 1917 an einzufügen. Dies gefäßige „Unannehmbar“ war für die Arbeiterfeinde die erwünschte und bestellte Rüdendeckung — es bleibt also bei 70 Jahren!

Für die Arbeiterklasse ist es wichtig, eine Uebersicht über den nun geschaffenen gesetzlichen Zustand der Dinge im Zusammenhange zu bekommen. In drei Artikeln, die man sich aufbewahren möge, soll das hier geschehen.

Die Reichsversicherungsordnung regelt in sechs Büchern, die zu einem einheitlichen Gesekesband zusammengefaßt sind, die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung usw., wofür bisher getrennte Gesetze vorlagen. Das erste Buch befaßt sich mit den

Gemeinsamen Vorschriften.

Hiernach kommen als Träger der Reichsversicherung in Betracht: Für die Krankenversicherung die Krankenkassen, für die Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften und für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versicherungsanstalten. Jeder Versicherungsträger hat einen Vorstand. Wählbar zu den Organen der Versicherungsträger sind nur volljährige Deutsche. Nicht wählbar ist, wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter verloren hat oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann, verfolgt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist; ferner wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist. Wählbar als Vertreter der Versicherten ist nur, wer bei dem Versicherungsträger versichert ist. Die Vertreter werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Gewählten verwalten ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt. Der Versicherungsträger erstattet ihnen ihre haren Auslagen und gewährt den Vertretern der Versicherten Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst oder statt dessen einen Pauschbetrag für Zeitverlust. Werden von einem Gewählten Tatsachen bekannt, die seine Wählbarkeit oder seine Vertrauenswürdigkeit für die Geschäftsführung ausschließen, so hat ihn der Vorstand, wenn es sich jedoch um

eine Krankenkasse handelt, die Aufsichtsbehörde seines Amtes durch Beschluß zu entheben. Vor der Beschlußfassung ist ihm Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Gegen den Beschluß ist die Beschwerde beim Reichsversicherungsamt, wenn es sich jedoch um eine Krankenkasse handelt, beim Oberversicherungsamt zulässig.

Die öffentlichen Behörden der Reichsversicherung sind: 1. die Versicherungsämter; 2. die Oberversicherungsämter; 3. das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter.

Bei jeder unteren Verwaltungsbehörde (Magistrat, Landrat usw.) wird eine Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt) errichtet. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, daß für die Bezirke mehrerer unterer Verwaltungsbehörden ein gemeinsames Versicherungsamt errichtet wird. Das Versicherungsamt als selbstständige Behörde zu errichten, hat der Reichstag abgelehnt. Dies ist um so bedauerlicher, als dem Versicherungsamt sehr wichtige Aufgaben zufallen. Zunächst ist es die erste Instanz für alle Streitigkeiten auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung, dann gilt es als Aufsichtsbehörde für die Krankenkassen, nimmt an den Unfalluntersuchungen teil, ihm steht bei der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Entscheidung über Anträge, Beschwerden usw. zu. Das Versicherungsamt besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren Stellvertretern und aus mindestens zwölf Vertretern der Versicherten und Unternehmer. Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben. Wählbar ist nur, wer im Bezirke des Versicherungsamts wohnt oder beschäftigt wird.

Die Oberversicherungsämter treten an Stelle der jetzigen Schiedsgerichte und werden in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde errichtet. Das Oberversicherungsamt besteht aus Mitgliedern und Beisitzern. Es hat außer dem Direktor mindestens noch ein Mitglied als dessen Stellvertreter. Die Beisitzer werden je zur Hälfte aus Unternehmern und Versicherten gewählt. Die Zahl der Beisitzer beträgt 40, sie kann von der obersten Verwaltungsbehörde erhöht oder vermindert werden. Die Beisitzer aus den Versicherten werden von den Versicherungsvertretern bei den Versicherungsämtern des Bezirks des Oberversicherungsamts gewählt.

Als dritte und letzte Instanz ist das Reichsversicherungsamt vorgesehen. An dessen Stelle tritt in Bayern, Sachsen, Württemberg, Großherzogtum Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und das Fürstentum Neuchâtel die Landesversicherungsämter. Dem Reichsversicherungsamt gehören je zwölf Vertreter der Unternehmer und Versicherten als nichtständige Mitglieder an, den Landesversicherungsämtern je acht. Die Versicherten werden von den Versichertenbeisitzern der Oberversicherungsämter gewählt. Man hat also für alle diese Wahlen das komplizierte indirekte Wahlverfahren beibehalten. Neu ist nur, daß nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, aber auch nicht in allen Fällen, gewählt wird.

Im ersten Buche wird nun noch darauf hingewiesen, daß Leistungen, die nach der Reichsversicherungsordnung oder ergänzenden Landesgesetzen gewährt werden und die durch den Uebergang darauf ersetzten Unterstützungen keine öffentlichen Armenunterstützungen sind. Bisher hat man hier Vorküsse auf Rente usw., die von Armendirektionen gewährt wurden, vielfach als Armenunterstützung angesehen.

Die ärztliche Behandlung wird durch approbierte Aerzte, bei Zahnkrankheiten auch durch approbierte Zahnärzte geleistet. Sie umfaßt Hilfeleistungen anderer Personen, wie Bader, Hebammen, Heilbiener, Heilgehilfen, Krankenträger, Masseur usw., sowie Zahntechniker nur dann, wenn der Arzt (Zahnarzt) sie anordnet oder wenn in bringenden Fällen kein approbierter Arzt (Zahnarzt) zugezogen werden kann. Die oberste Verwaltungsbehörde kann bestimmen, wie weit auch sonst Hilfspersonen innerhalb der staatlich anerkannten Befugnisse selbständige Hilfe leisten können. Ebenso wird von dieser Behörde bestimmt, wer als Zahntechniker anzusehen ist.

Der ortsübliche Tagelohn wird in Zukunft von dem Oberversicherungsamt, und zwar zunächst bis 31. Dezember 1914, dann immer auf vier Jahre festgesetzt. Der Ortslohn wird für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16 Jahren, von 16 bis 21 Jahren und über 21 Jahre besonders festgesetzt. Die Versicherten unter 16 Jahren (Zugendliche) können dabei in junge Leute von 14 Jahren an und Kinder unter 14 Jahren geschieden werden. Lehrlinge zählen zu den jungen Leuten. — Als Entgelt im Sinne dieses Gesetzes gehören neben Gehalt oder Lohn auch Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge, die der Versicherte, wenn auch nur gewohnheitsmäßig, statt des Gehaltes oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten erhält. Der Wert der Sachbezüge wird nach Ortspreisen berechnet, die das Versicherungsamt festsetzt.

Die Höhe des Lohnes ist für die Leistungen aus der Kranken-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung von großem Einfluß. Dringend notwendig ist deshalb, die vielfach noch sehr niedrigen Ortslöhne auch entsprechend zu erhöhen.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Arbeitsgelegenheit.

Im Zahlstellengebiet Duisburg kann noch 25 bis 30 Verbandsmitgliedern Arbeit nachgewiesen werden. Der Stundenlohn beträgt 58 und 60 $\%$. Kameraden, die von dem Arbeitsangebot Gebrauch machen wollen, können sich im Verkehrslokal A. Marks, Feldstr. 9, melden.

Auch in Bueri Westf. kann für 30 Mitglieder Arbeit vermittelt werden. Die Kameraden können sich beim Kameraden Schulze, Mollkestr. 30, melden.

Gesuchtes Mitglied.

In Walsrode ist der bisherige Bezirkskassierer von Biffelhövede, Georg Großkreuz, geb. am 9. Januar 1877 in Pinne, Verb.-Nr. 99271, plötzlich spurlos verschwunden, ohne seine Verpflichtungen der Zahlstelle gegenüber erfüllt zu haben. Die Kameraden, die von dem jetzigen Aufenthaltsort des Kameraden Großkreuz Kenntnis haben, werden dringend ersucht, dessen Adresse an Fritz Goosmann, Walsrode, Benzer Straße 239a, gelangen zu lassen.

Ausschluß von Mitgliedern.

In Bremen wurde das Mitglied Harry Scheffer (73 579) wegen Vergehens gegen § 21 unseres Verbandsstatutts ausgeschlossen.

Der Zentralvorstand.

Kassengeschäftliches.

Am 24. Juni ist das zweite Quartal beendet; mit diesem Datum hat deshalb jeder Zahlstellenkassierer seine Bücher für das verwichene Quartal abzuschließen. Hierauf ist die Abrechnung für die Hauptkasse aufzustellen und, nachdem solche von den Revisoren geprüft, mit samt den restlichen Hauptkassengeldern bis spätestens zum 15. Juli d. J. an den Unterzeichneten einzusenden. Für die Ueberweisung der Gelder sind nur Zahlkarten zu verwenden und wird dringend ersucht, auf der Rückseite des Postabschnittes den Namen der einsendenden Zahlstelle deutlich zu vermerken. Der aufzugebene Betrag braucht nur insofern auf dem Postabschnitt spezifiziert zu werden, als etwa ein Betrag für Inzerate darin enthalten ist.

Die Belege über die im Auftrage des Zentralvorstandes auf Rechnung der Hauptkasse gemachten Ausgaben sind ebenfalls umgehend einzusenden, jedoch dürfen solche Beträge auf dem Postabschnitt der Zahlkarte nicht vermerkt werden. Diese Unfütte wird von Zahlstellenkassierern vielfach beliebt, weshalb wir derselben hiermit nochmals kritischer Erwähnung getan haben wollen.

Ferner wollen wir nicht versäumen, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Hauptkassengelder monatlich in runden Summen abzuführen sind; es ist durchaus statutenwidrig, wenn einige Kassierer damit immer bis Quartalschluß warten.

Adolf Römer, Kassierer.

Unsere Lohnbewegungen.

Gestreckt wird in Brunsbüttel und St. Margarethen, Burg i. Dithmarschen, Crawinkel, Osuabrück, Rothenburg i. Hann., Soltan (Land) und Sylte (Bezirk Bremen).

Gesperrt ist in Vahn das Geschäft von Pagel, in Bielefeld das Geschäft von Gustav Esdar, Senne I, in Crefeld das Geschäft von W. Kings, in Dortmund der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, in Düsseldorf das Geschäft von A. Jensen, in Gera das Geschäft von Weise in Köstritz, in Greifenhagen die Firma Dyckerhoff & Wiedmann, in Oberhausen die Geschäfte von Stephan und Gebr. Gatterdam, in Oldenburg der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, in Sprendlingen das Geschäft von Erdmann, in Straßburg i. d. N. das Geschäft von H. Reppschläger, in Strehlen i. Schl. die Geschäfte von Jäschke in Niegersdorf und Staske in Schreibendorf, in Belbert das Geschäft von Krieger, in Westensee (Brandeburg) b. Riel das Geschäft von Mohr, in Wilhelmshad b. Hanau das Geschäft von Ddoriko, Neubau Wasserwerk, und in Zehdenick das Geschäft von R. König.

Oesterreich.

Gesperrt sind Königsberg und Königswald.

Ungarn.

Im Lohnkampfe stehen: Kiszékely und Brassó.

Schweiz.

Zuzug ist streng fernzuhalten von Arbon, Frauenfeld, Schaffhausen, St. Gallen und Zürich.

Streik in Altrahlstedt. Was wir in voriger Nummer des „Zimmerer“ ankündigten, ist eingetroffen. Am 12. Juni sind unsere Altrahlstedter Kameraden in den Streik getreten. Die Arbeitsniederlegung ist nahezu einmütig erfolgt, nur ein paar Unorganisierte und einige Anarchos sind stehen geblieben. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Unternehmer auch jetzt noch einer neuen Verhandlung hartnäckigen Widerstand entgegensetzen, oder ob sie allmählich einsehen, daß ihre Selbstherrlichkeit, die sie bisher an den Tag legten, doch zu keinem guten Ende führt. Sind sie aber der Meinung, daß sie mit dem Kopf durch die Wand müssen, dann ist ihnen eben nicht zu helfen. Nur mögen sie sich in acht nehmen, daß sie sich dabei den Schädel nicht einrennen.

Wie uns kurz vor Schluß der Redaktion mitgeteilt wird, haben die Unternehmer insofern eingelenkt, als sie der durch Entscheidung des Zentralschiedsgerichts gestützten Ansicht unserer Kameraden beigetreten sind, wonach, solange ein neuer Vertrag nicht geschlossen ist, die Bestimmungen des alten Vertrages in Wirksamkeit bleiben, unter Zugrundelegung der im Dresdner Schiedspruch vorgesehenen Lohnerhöhung. Damit ist gleichzeitig auch ausgesprochen, daß den Unternehmern die Pflicht obliegt, die Lohnerhöhung vom 15. März dieses Jahres ab nachzuzahlen. Die Arbeit wird wieder aufgenommen. Was die Regelung der vom Zentralschiedsgericht an die örtliche Instanz zurückverwiesenen Differenzen anlangt, so einigten sich die Parteien dahin, daß ein neuer Vorsitzender für diese Instanz ernannt wird.

Zum Streik in Brunsbüttel. Einen harten Kampf führen unsere Brunsbütteler Kameraden. Sie stehen seit dem 12. April im Streik. Die Ursachen des Streiks sind Forderungen auf Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit. Schon wiederholt haben Verhandlungen stattgefunden, ohne daß es zu einem Ergebnis, geschweige denn zu einer Verständigung gekommen wäre. Den Brunsbütteler Unternehmern ergeht es ähnlich wie den Altrahlstedter Meistern: worauf sie einmal ihren Kopf gesetzt haben, davon gehen sie nicht ab. Ihre Halsstarrigkeit wird ihnen aber wenig nützen; denn die Streikenden sind fest entschlossen, so lange auszuharren, bis sich für eine Verständigung eine vernünftige Basis gefunden hat. Dem Anschein nach ist dieser Zeitpunkt nicht mehr allzu fern. In einer Verhandlung am 12. Juni, unter Vorsitz des Amtsvorsteher's Feil, boten die Unternehmer 62 $\%$ pro Stunde ab 1. September d. J. und 65 $\%$ ab 1. April 1912. Die Vertreter der Streikenden erklärten ihre Bereitwilligkeit zur Zustimmung zu diesem Vorschlage, wenn er dahin erweitert würde, daß am 1. April 1912 die neuneinhalbstündige Arbeitszeit in Kraft trete. Dieser Vorschlag fand indes nicht den Beifall der Unternehmervertreter, wohl aber erboten sie sich, ihn in einer umgehend anzuberaumenden Versammlung ihren Kollegen zu unterbreiten. Diese Versammlung hat, wie uns mitgeteilt wird, den Vorschlag abgelehnt, so daß der Kampf nunmehr seinen Fortgang nimmt.

Platzstreik in Bielefeld. Die wegen Nichtzahlung des tariflichen Lohnes über das Geschäft von Gustav Esdar, Senne I (Windelsbleiche), verhängte Sperre besteht fort. Esdar ist der irrigen Meinung, er brauche den Tariflohn nicht zu zahlen, weil er nicht Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist. Die bei ihm beschäftigten Gesellen widersprachen selbstverständlich dieser Auffassung, ohne daß es ihnen gelang, ihren Unternehmer zu einer andern Ansicht zu bekehren. Augenblicklich sind einige arbeitswillige Elemente bei ihm beschäftigt, die sich kaum seine Zufriedenheit erwerben dürften.

Platzstreik in Straßburg i. d. Uckermark. Der Zimmermeister Reppschläger lehnt noch immer den von unsern Kameraden entworfenen Lohnsatz ab, obwohl ihn die übrigen Unternehmer sämtlich unterzeichnet haben. Die über sein Geschäft verhängte Sperre bleibt deshalb nach wie vor bestehen. Zwei Unorganisierte fungieren augenblicklich bei ihm als Helfer in der Not. Auf die Dauer reicht aber deren Arbeitskraft nicht aus, und Verbandskameraden meiden das Geschäft. Am Ende muß Zimmermeister Reppschläger doch wohl den Lohnsatz anerkennen.

Platzstreik im Gebiet der Zahlstelle Strehlen. Der für das Zimmergewerbe in Strehlen geschlossene Vertrag hat Gültigkeit für alle Arbeitsstätten im Kreise Strehlen, also auch für die Orte Niegersdorf und Schreibendorf. Von den Unternehmern in diesen beiden Orten wird das bestritten. Es ist deshalb in zwei Geschäften schon zur Arbeitsniederlegung gekommen, und zwar bei den Unternehmern Jäschke in Niegersdorf und Staske in Schreibendorf. Nach dem Strehlener Tarif beträgt der Stundenlohn 35 $\%$; die genannten Unternehmer zahlen hingegen nur 30 und 31 $\%$. Um einen Uebergang zu schaffen, haben unsere Kameraden vorgeschlagen, für dieses Jahr 33 $\%$ und für das nächste Jahr 35 $\%$ zu zahlen. Die Unternehmer lehnten aber auch diesen Vorschlag ab. Jetzt muß der Kampf entscheiden.

Lohnbewegung in Weiskensfeld. Die Zimmerer von Weiskensfeld sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Ursache ist kurz folgende: In der großen vorjährigen Aussperrung im Baugewerbe beteiligten sich auch die organisierten Bauunternehmer von Weiskensfeld. Die Bewegung selbst wurde durch den bekannten Schiedspruch beigelegt. Während die Arbeiterchaft ausnahmslos dem Schiedspruch zugestimmt hat, verweigern die Weiskensfelder Unternehmer dessen Anerkennung trotz Anordnung ihres Bezirksverbandes und Entscheidung des Zentralschiedsgerichtes vom 2. März d. J. In der Hauptsache ist es die im Schiedspruch vorgesehene Lohnerhöhung (1910 1 $\%$, 1911 2 $\%$ und 1912 3 $\%$), wodurch ihre ablehnende Haltung bestimmt wird. Alle Versuche, die Angelegenheit friedlich zu erledigen, scheiterten an der Halsstarrigkeit der Unternehmer, so daß eine Versammlung der Zimmerer am 13. Juni beschloß, durch partielle Arbeitsniederlegung die Unternehmer zu zwingen, die im Schiedspruch vorgesehene Lohnerhöhung eintreten zu lassen. Von vierzehn Firmen zahlen drei den Stundenlohn, zu dem sie laut Schiedspruch verpflichtet sind. Bei der

Firma H. Lange haben die Kameraden die Arbeit eingestellt. Da die Konjunktur in der Entwicklung begriffen ist, wird die Bewegung auf weitere Firmen übergreifen. Es steht zu erwarten, daß, wenn die Kameraden allerorts strengste Solidarität üben, die Bewegung mit Erfolg beigelegt wird. Alle Zimmerer werden ersucht, Arbeitsangebote nach Weiskensfeld strikt abzulehnen.

Lohnbewegung in Arnswalde. Einen energischen Vorstoß zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben unsere Kameraden in Arnswalde unternommen. Da alle Bemühungen, auf gutlichem Wege zu einem Vertragsabschluß zu gelangen, fehlschlügen, forderten sie unterm 29. Mai die Unternehmer schriftlich auf, sich bis spätestens 3. Juni zu erklären, ob sie jetzt endlich gewillt seien, dem schon wiederholt gestellten Antrage der Zimmerer auf Gleichstellung im Lohn mit den Maurern zu entsprechen. Erfolge bis zu dem angegebenen Termin eine Erklärung nicht, dann müsse man sich jede weitere Stellungnahme vorbehalten. Unsere Kameraden haben anscheinend zu ihrem Vorgehen den richtigen Zeitpunkt gewählt; eine bessere Baukonjunktur als im Augenblick soll in Arnswalde noch niemals geherrscht haben. Dieser Umstand hat es mit veranlaßt, daß sich die Unternehmer zur Erfüllung des gestellten Verlangens genötigt sahen. Allerdings traf der Entscheid der Unternehmer erst am 7. Juni ein; er lautete:

Mit Bezug auf Ihr Schreiben vom 29. Mai d. J. sind die Unterzeichneten bereit, den geforderten Lohn von 42 $\%$ pro Stunde zu zahlen.

Schmidt & Blundt, G. Günther.

Mit diesem Zugeständnis dürfte auch die Grundlage zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegeben sein.

Bausperre in Greifenhagen. Die Firma Dyckerhoff & Widmann führt in Greifenhagen einen Brückenbau aus, wobei sie 17 Zimmerer beschäftigt. Von diesen haben 15 die Arbeit niedergelegt, weil die Firma es ablehnt, den tarifmäßigen Zuschlag für Wasserarbeiten, der 10 $\%$ pro Stunde beträgt, zu zahlen. Ueber die Arbeiten ist die Sperre verhängt.

Forderungen in Rotenburg (Zahlstelle Bremen). Die günstige Arbeitsgelegenheit in Rotenburg hat die dortigen Kameraden veranlaßt, an ihre Unternehmer mit einer Lohnforderung heranzutreten, die auf 55 $\%$ pro Stunde lautet. Gegenwärtig sind dortselbst 17 Zimmerer beschäftigt. Der Höchstlohn stellt sich jetzt auf 50 $\%$, ihn erhalten nur drei Mann. Zwölf Mann haben 45 bis 48 $\%$ und zwei Mann unter 45 $\%$. Bis 16. Juni war die Antwort der Unternehmer erbeten. Die weitere Stellungnahme bleibt einer nach Ablauf dieses Termins stattfindenden Versammlung vorbehalten. Soviel steht aber heute schon fest, daß, wenn die Unternehmer der Forderung nicht Rechnung tragen, ein ernsther Konflikt unausbleiblich ist.

Vereinbarungen in Wilster. Am 10. Juni haben erneut Verhandlungen stattgefunden, die nachstehenden Vorschlag zum Ergebnis hatten: Der Lohn beträgt ab 1. Juli dieses Jahres 54 $\%$, ab 1. September dieses Jahres 55 $\%$, und ab 1. April 1912 57 $\%$. Bei Wasser- und Mamararbeiten wird ein Zuschlag von 8 $\%$ pro Stunde gezahlt. Die Freistunde vor Pfingsten bleibt bestehen, alle übrigen Freistunden fallen fort.

Diesem Vorschlage haben beide Parteien ihre Zustimmung gegeben, so daß nunmehr der Vertrag vollzogen werden kann. In Burg i. Dithm., einem Bezirk der Zahlstelle Strittig sind Vertragsgebiet und Landgeld. Ueber beide Punkte war bereits bei früheren Verhandlungen eine Verständigung erzielt, der aber jetzt die Unternehmer nicht nachkommen. Neue Verhandlungen sind resultatlos verlaufen. Die Unternehmer bestehen auf eine Ausdehnung des Vertragsgebietes auf vier Kilometer im Umkreise von Burg. Nach den früheren Verhandlungen sollte sich der Vertrag nur auf Burg beschränken. Ferner verlangen sie, daß der Zuschlag für Arbeiten über Land erst bei einer Entfernung von mehr als sechs Kilometern gezahlt wird, während unsere Kameraden auf Erfüllung der früher gemachten Zusage beharren, wonach eine Entfernung von vier Kilometern festgesetzt ist. Zuzug ist fernzuhalten.

Vereinbarungen in Kalkenkirchen (Zahlstelle Bramstedt). Die Lohnbewegung in Kalkenkirchen ist beendet. Es sind folgende Vereinbarungen getroffen: Der Lohn steigt ab 1. Juli d. J. von 50 $\%$ auf 54 $\%$ pro Stunde. Ueberstunden werden mit 10 $\%$ Zuschlag bezahlt. An den Tagen vor Ostern und Pfingsten ist um 5 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Die Sommerarbeitszeit beträgt zehn Stunden pro Tag. Das Arbeitsverhältnis kann jederzeit gelöst werden. Acht Unternehmer haben den Vertrag unterschrieben, und zwar Todt in Ulzburg, H. Vornholdt und B. Rathje in Kalkenkirchen, H. Schlüter in Kisdorf, J. Sarau in Schmalfeld, G. Hauers in Kattendorf, W. Hartmann in Gartenholm und H. Wätcher in Wilsen. Bei zwei Unternehmern bedurfte es erst einer kurzen Arbeitseinstellung. — Diesen ersten vertraglichen Abmachungen dürften günstigere folgen, wenn unsere Kameraden zusammenhalten und für die weitere Ausbreitung des Verbandes sorgen.

Die Differenzen im Freiburger Zahlstellengebiet, worüber wir in der vorigen Nummer des „Zimmerer“ berichteten, sind zugunsten unserer Kameraden beigelegt. Beide Unternehmer, Lippmann in Weiskensfeld und Krause in Erbsdorf, haben sich zur Anerkennung eines Tarifvertrages bequemen müssen. Für die bei Lippmann beschäftigten Kameraden erhöht sich der Stundenlohn sofort von 41 auf 42 $\%$ und am 1. April 1912 auf 43 $\%$. Tarifkontrahent ist der dortige Arbeitgeberverband. Der mit der Firma Krause vereinbarte Tarif hat die gleiche Geltungsdauer wie der vorerwähnte, bis 31. März 1913. Er sieht eine Lohnerhöhung vor von 42 auf 43 $\%$ für dieses und 45 $\%$ für das nächste Jahr.

Vereinbarungen in Löhren. Die dortigen Kameraden haben durch einen eintägigen Streik eine Lohnerhöhung von 4 $\%$ erreicht. Der Stundenlohn erhöht sich sofort von 45

auf 47 1/2 und vom 1. April 1912 ab auf 49 1/2. Sämtliche Kameraden sind zu den neuen Bedingungen in Arbeit getreten. Der Unternehmer Biana hat die Forderungen nicht bewilligt. Dieses Geschäft ist deshalb gesperrt.

Erfolgreich beendeter Blaskstreik in Pöls i. P.
Nach langem Sträuben hat der Unternehmer Pape sich nunmehr zur Anerkennung des Tarifs verstehen müssen. Die über sein Geschäft verhängte Sperre ist deshalb aufgehoben.

Erfolgreich beendeter Blaskstreik in Mannheim.
Ueber die Betonfirma Tesseraug & Stoffels war wegen Maßregelung von fünf Kameraden die Sperre verhängt. Die Ursache der Maßregelung war die Forderung unserer Kameraden auf Anerkennung des Tarifs (vergleiche den Bericht in Nr. 23 des „Zimmerer“). Die Differenzen sind, wie uns jetzt mitgeteilt wird, behoben; die Firma hat neben der Anerkennung des Tarifs auch die Einstellungs der Gemäßregelungen zugestehen müssen. Die Arbeit ist in vollem Umfange wieder aufgenommen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. Einem lange gehegten Wunsche entsprechend, war zum 8. Juni in der „Alhambra“ eine allgemeine Mitgliederversammlung mit Frauen arrangiert. War im allgemeinen der Besuch nicht gerade befriedigend, so waren die Frauen der Kameraden der an sie besonders ergangenen Einladung immerhin zahlreich gefolgt. Ueber: „Die Arbeiterbewegung als größte Kulturmacht“, referierte die Genossin Louise Ziek, Mitglied des Parteivorstandes. Rednerin führte etwa folgendes aus: Wenn heute die Arbeiterschaft durch die Arbeiterbewegung eine einflussreiche Macht verkörpert und diese ihre Machtstellung sich aus eigener Kraft heraus errungen hat, so war sie früher im allgemeinen ohne jeden Einfluss auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wurde von bessergestellten Kreisen verachtet und absichtlich nach dem Wunsche der Unternehmer auf einer möglichst niedrigen Bildungsstufe gehalten. Die kapitalistische Produktionsweise hat eine scharfe Scheidung bewirkt, sie stellt auf die eine Seite den besitzlosen Arbeiter, auf die andere Seite den Kapitalisten, den Besitzer der Produktionsmittel, der Arbeitsmaschinen. Da nun die Intelligenz der Arbeiter erst den Bau von Maschinen und deren Anwendung ermöglichte, so sollte man annehmen, daß vernünftigerweise die Vorteile der dadurch gesteigerten Produktivität der Allgemeinheit zugute kommen müßten. Daß trotzdem nur ein kleiner Kreis Besitzender alle diese Vorteile genießt, ohne selbst einen Finger zu rühren, ist lediglich die Folge der kapitalistischen Anwendung der Produktionsmittel und der Ausbeutung der Arbeiter durch überlange Arbeitszeit. Daß die Arbeiter in der ersten Periode der Einführung von Arbeitsmaschinen gegen dieselben ankämpften, es gewaltsam verhindern wollten, daß durch die Maschinen eine Anzahl Arbeitskräfte überflüssig wurde, erklärt sich dadurch, daß die Arbeiter in ihrer Existenz erheblich geschädigt wurden und daß sie deshalb die Maschine für die Unsicherheit ihres Erwerbes verantwortlich machten. Die Ursache alles Glends, aller Not ist aber ausschließlich die schon erwähnte kapitalistische Anwendung von Maschinen, die wiederum auch die Ursache der industriellen Reservearmee ist. Eine weitere Folge des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist die Erwerbsarbeit der Frauen. Die Jagd nach dem Profit, nach möglichst billigen, willfähigen Arbeitskräften spannt die Frau in die Fabrikarbeit. Daß Frauenarbeit billiger ist, hat seine Ursachen; zunächst fehlt der Frau von Hause aus die Kampfeslust, sie eine bessere Position zu erobern und weiter wird vielfach diese Erwerbsarbeit weiblicher Arbeiterinnen nur als ein Zuschuß zum Verdienst des Mannes, häufig nur als eine vorübergehende Erscheinung betrachtet und daher leider auf die Lohnhöhe, unbeschadet der geleisteten Arbeit, nicht besonderer Wert gelegt. Alle diese Umstände bewirken, daß die Frauenarbeit äußerst niederdrückend auf die Gesamtarbeiterklasse wirkt. Diese billige weibliche Arbeitskraft wird aber auch zum Hemmschuh der weiteren technisch-wirtschaftlichen Entwicklung. Werden doch heute noch im Zeitalter der Elektrizität in Konfektionswerkstätten die Nähmaschinen durch die menschliche Kraft in Betrieb gesetzt. Als schlimmster Auswuchs kapitalistischer Ausbeutung gilt die Heimarbeit mit ihren fleißig geringen Löhnen. Beide Faktoren, Frauen und Heimarbeit, werden aber auch zum Hemmschuh für den wirtschaftlichen Aufstieg der Gesamtarbeiterklasse. Als dritter im Bunde kommt hier noch die Kinderarbeit mit in Betracht, die vollends zu beseitigen ist, weil die Kinder nicht nur Gefahren in sittlicher Beziehung ausgesetzt sind, sondern auch die Entwicklung des Charakters außerordentlich ungünstig beeinflusst wird. Nun kann ja von uns die Forderung der gänzlichen Beseitigung der Frauenerwerbsarbeit nicht erhoben werden. Unsere Parole ist vielmehr: Ginein mit den Frauen in die Arbeiterbewegung, Ginein in die Organisationen, um in diesen der niederdrückenden Tendenz der kapitalistischen Ausbeutung der Frau entgegenzuwirken, damit gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden muß, unbeschaden darum, von wem die Arbeit geleistet wird. Beschämend für die Frau ist, daß sie dem Manne gegenüber, an dessen Stelle sie oftmals tritt, zum Lohnrücker wird. Der Kampf wird heute hauptsächlich um die Verkürzung der Arbeitszeit geführt, aus der Erkenntnis heraus, daß alle die technischen Errungenschaften auch den Arbeitern zugute kommen müssen und um zu erreichen, daß das Heer der Arbeitslosen sich allgemach verringert. Früher waren oftmals von Arbeitgebern inszenierte Kämpfe um Verlängerung der Arbeitszeit an der Tagesordnung. Die Arbeiter haben seit langem erkannt, daß lange Arbeitszeit gleichbedeutend mit niedrigen Löhnen ist, und daß hierdurch das Kulturniveau der Arbeiter äußerst niedrig bleiben muß. Je kürzer aber die Arbeitszeit ist, und je höher der Lohn, je mehr der Arbeiter über freie Zeit verfügt, um so schneller sein Aufstieg auch in kultureller Beziehung. Um aber den Arbeitern die Schwingen zu binden, hat man Akkordlöhne, das Prämienystem, und zu allem Ueberflus die satism bekannten Wohlfahrts-einrichtungen erfonnen und mit ihnen die Arbeiter „beglückt“. Ein Gutes hat der Kapitalismus durch seine

schamlose Ausbeutungsmut gezeitigt, nämlich den Zusammenschluß der Arbeiter, deren Organisationen den Aufstieg vorbereiten und fördern. Die Betätigung der Solidarität hat auch zur Betätigung der Nächstenliebe geführt, die darin ihren Ausdruck findet, daß Arbeiter für andere im Kampfe stehende Berufe in selbstloser Weise oft erhebliche Opfer bringen. Die Arbeiterbewegung hat gelernt, alle ihre Interessen selbst und erfolgreich zu vertreten. Daß die Arbeiter ihre Organisationen mit allen ihren Einrichtungen selbst aus eigener Kraft geschaffen und auch mit Männern aus eigenen Reihen die Verwaltungsarbeiten erledigen, muß als eine Kulturtat angesehen werden, der eine zweite nicht an die Seite zu stellen ist. Auch der erzieherische Wert der Arbeiterbewegung ist nicht zu unterschätzen. Rednerin erwähnte, nachdem sie ausdrücklich die Notwendigkeit der Mitwirkung der Frauen in den beiden Organisationen, der gewerkschaftlichen wie der politischen, der Arbeiterbewegung betont und die Frauen zu eifriger Mithilfe bei den kommenden Reichstagswahlen aufgefordert hatte, auch den Leipziger Brandweinbohtottbeschlus. Dieser Beschlus kam nicht etwa zustande, nur um den Schnapstrinkern Moral zu predigen, sondern ausschließlich zu dem Zweck, den Brandweinjunkern, den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse, die staatliche Liebesgabe von jährlich 44 Millionen Mark zu entziehen. Der Alkoholgenus mußte deshalb auf ein Minimum reduziert werden, soweit seine gänzliche Einstellung nicht zu erreichen ist. Die Genossin Ziek schloß mit der Aufforderung, allüberall für die Interessen der Arbeiterbewegung einzutreten, um das Ziel, an Stelle der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die sozialistische zu setzen, zu erreichen. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Unter alter achtzigjähriger Kamerad Wagt gab in knappen, bewegten Worten seiner Freude darüber Ausdruck, daß er es noch mit erlebt habe, zu sehen, welche Position sich heute die Arbeiterschaft durch ihre Organisationen erobert hat, die wohl von keiner Seite mehr freitig gemacht werden kann. Die Genossin Böhm ersuchte besonders die anwesenden Frauen, gemäß den Ausführungen der Genossin Ziek zu handeln. Auf Anfrage über die Belastung durch Zölle und indirekte Steuern bemerkte die Referentin, daß auf den Kopf der Bevölkerung M 94 oder auf eine Familie von rund fünf Köpfen M 441 entfallen. Sie gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Aufstieg der Arbeiter nicht nur weiter anhält, sondern weit schneller als bisher vor sich gehen möge. Dem Kameraden Wagt fügte sie es nach, wenn heute sein Herz bedeutend höher schlage. In einer Ansprache ersuchte Kamerad Witt, auch für unsere Bewegung die Anwendung aus dem Vortrage zu ziehen; haben wir doch vor uns ein gut organisiertes Unternehmertum und im Rücken jene lokalistischen Freibeuter, die bestrebt sind und mit allen Mitteln versuchen, die geschlossene Verbandsbewegung auseinanderzureißen. Wie der Arbeitgeberbund für das deutsche Baugewerbe einen Millionenfonds zusammenbringen will, um bei der kommenden Bewegung die Bauarbeiter niederzutreten, so macht auch der Verband der Berliner Baugeschäfte zu neuen Kämpfen scharf; wird doch in seinem Geschäftsbericht gesagt: „Die Tarifverträge sind kein Allheilmittel. Wer wollte leugnen, daß diese Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern geblieben sind. Eine Welt trennt uns von den Grundfragen einer Partei, der die für uns in Frage kommenden Gewerkschaften folgen. Und weil es so ist, darum heißt es, unablässig rüsten, sich stark und fest machen, weil nur die Macht den Frieden verbürgt.“ Kamerad Witt ersuchte, da der Berliner Baumarkt ziemlich daniederliegt, den Bezug von auswärts zu unterbinden. Arbeitslosigkeit ist zurzeit in Berlin nicht vorhanden; wir haben größere Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Auf den Streik der Bauklemper und Eisenkonstruktionsarbeiter wird mit der Aufforderung hingewiesen, die Streikenden in jeder Beziehung zu unterstützen und selbst den geringsten Handgriff, der als Streikarbeit zu betrachten ist, zu verweigern. Zum Bäckerstreik wird die Liste der bewilligt habenden Bäckerinnen der besonderen Beachtung empfohlen, um auch diesem Beruf zu menschenwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhelfen. Die Versammlung wurde mit einem dreimaligen Hoch auf die allgemeine Arbeiterbewegung geschlossen.

Bremen. Am 16. Juni fand eine Betonarbeiterversammlung statt, welche sich mit den recht unregelmäßigen Verhältnissen im Betongewerbe beschäftigte. Um die Differenzen aller Art zu beseitigen, verpflichteten sich die Versammlungsbesucher Sorge zu tragen, alle Arbeiter zu organisieren. Eine demnächst stattfindende Versammlung wird zur Lohnfrage Stellung nehmen, und wird es von allen Beschäftigten abhängen, ob man geneigt ist, eine Regelung im Bremer Betongewerbe herbeizuführen. Da die Unternehmer Wind von der Sache bekommen haben, suchen sie Zimmerer nach Bremen, welche aber unter obigen Umständen, vielleicht ohne Arbeit zu erhalten, wieder abreisen müssen. Deshalb Vorsicht.

Breslau. „Die Freie Vereinigung der Zimmerer, ihre Geschichte und ihre Fortentwicklung zur Hingegarde“, so lautete das Thema, womit sich unsere Mitgliederversammlung am 30. Mai beschäftigte. Nach alledem, was sich seit dem Bestehen dieser Sonderorganisation in Breslau, hauptsächlich in den letzten Wochen zugetragen hat, war ein guter Besuch zu erwarten. Ueber 300 Kameraden waren erschienen, um den Ausführungen des Kameraden Goldschmidt zuzuhören. An der Hand der Protokolle schilderte Redner ausführlich die Geschichte der Freien Vereinigung der Zimmerer von ihrem ersten Kongreß im Jahre 1887, wo ihr gegen 10 000 Mitglieder angehörten, bis zum Jahre 1907, wo zum zweiten Male eine Einigung mit dem Zentralverband der Zimmerer erfolgte, und wobei ihr kaum 900 Zimmerer verblieben. Ein Jahr später kamen in Breslau wieder 250 Mann hinzu, doch ist diese Zahl bereits wieder auf unter 100 herabgesunken, da mehr als 150 Mann der Vereinigung den Rücken kehrten, um sich wieder dem Zentralverband anzuschließen. Welchen Einfluss die Vereinigung auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen habe, könne man ermessen aus der

Anzahl der von der vorjährigen großen Bauarbeitersperre betroffenen Vereinsmitglieder, die von der „Einigkeit“ auf ganze 154 (in der dritten und vierten Woche) angegeben werden, während in der fünften Woche nur noch 113 Mann in Frage kommen. Damit vergleiche man, daß im Zentralverband 21 000 Mann allwöchentlich unterfüßt werden mußten. Trotz dieser geringen Anzahl von ausgesperrten Vereinsmitgliedern besaß die Vereinigung kein Geld, um sie zu unterstützen, sondern die Mittel dazu mußten erst zusammengefochten werden. Wenn schon bei 154 Aussperrten kein Geld vorhanden war, wie hätte es dann wohl um die Organisation ausgesehen, wenn Berlin mit seinen damals 600 bis 700 Mitgliedern mit an der Aussperrung beteiligt gewesen wäre. Mit niedrigen Wochenbeiträgen gehen sie auf den Gimpelfang, um Mitglieder zu werben, um im Ernstfalle mit leeren Kassen dazuzustehen. Bezeichnend ist die Kampfweise der Freien Vereinigung. Anstatt sich gegen die Unternehmer oder gegen jene Arbeiterorganisationen zu richten, die sich der modernen Arbeiterbewegung entgegenstellen und Verrat an ihren Arbeitsbrüdern üben, richtet sie ihren Kampf gegen die großen Zentralverbände, die allein es vermocht haben, die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern. Das sei schlimmster Arbeiterberrat. Die Agitatoren der Freien Vereinigung berauschten sich und ihre Zuhörer an lauter Phrasengebimmel, an deren Wahrheit sie selber nicht glauben. Dieselben Leute ziehen unsere Verbandsbeiträge in den Schmutz. Wie weit es mit der Freien Vereinigung hier in Breslau schon gekommen ist, zeigen so recht die Vorgänge der letzten Wochen. Ueberall dort, wo wir gezwungen waren, die Arbeit einzustellen wegen unwürdiger Behandlung unserer Mitglieder durch die Polizei usw., haben die Mitglieder der Vereinigung Arbeitswilligendienste geleistet. Die Hingegarde scheint bei ihnen Schule zu machen. In einem Falle legten 13 Mitglieder von der Freien Vereinigung die Arbeit nieder, um den Unternehmer zu zwingen, drei Zentralverbandsmitglieder zu entlassen. Als der Vertreter des Zentralverbandes, Goldschmidt, sich wegen dieser Gelegenheit auf der Baustelle erkundigte, schlug der Vorsitzende der Freien Vereinigung einfach auf Goldschmidt ein. Zu einem Vertreter der Bauarbeiter äußerte derselbe Vorsitzende: „Von nun an gibt's nur noch Wackpfeifen.“ Eine sehr empfehlenswerte Kampfweise, die aber auch zugleich die Ohnmacht der Vereinigung darat. Trotz der Wackpfeifen haben jene Helben ihr Ziel nicht erreicht, da der Unternehmer auf ihre Arbeitskraft verzichtete. Ueberall dort, wo diese Elemente in der Mehrzahl sind, veruchten sie, unsere Leute aus der Arbeit herauszudrücken. Die schofelsten Mittel müssen dazu herhalten. Daß es so kommen mußte, war im voraus zu sehen. Die Ausführungen des Referenten wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion bemängelten die meisten Redner die Lauheit der Zentralverbandsmitglieder gegenüber diesen Leuten. Genau so, wie sie uns behandeln, müssen wir sie wieder behandeln. Jede Rücksicht sei verfehlt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Ausflug am 25. Juni nicht nach Dels, sondern nach dem Kummelsberge bei Strehlen zu machen. Der Vorsitzende ersuchte die Anwesenden noch, an dem in der nächsten Woche beginnenden Vortragskursus sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Besucher erhalten Eintrittskarten im Verbandsbureau auf Kosten der Lokalkasse. Ein Kamerad regte noch an, darauf aufmerksam zu machen, daß alle zureisenden Kameraden, ehe sie umschauen gehen, sich im Verbandsbureau melden sollen, damit ihnen von hier aus Arbeit nachgewiesen werden kann. Damit erreichte die Versammlung ihr Ende.

Bromberg. Unsere Mitgliederversammlung am 13. Juni hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Zurzeit werden von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften unter den hiesigen Kameraden Flugblätter verteilt, worin Propaganda gemacht wird für ihre Organisation. Die Zahlstelle hatte deshalb Gelegenheit genommen, sich durch den Kameraden Finsel über das Wesen dieser Auhorganisation aufklären zu lassen. Der Vortrag des Kameraden Finsel wurde mit Beifall aufgenommen. Nach längerer Debatte fand folgende Resolution Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden. Sie hat dadurch Kenntnis genommen von dem arbeiterschädigenden Wesen der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften. In der Erwägung, daß die Unternehmerverbände immer dreister ihr Haupt erheben und der Arbeiterschaft des Baugewerbes große wirtschaftliche Kämpfe bevorstehen, ist die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit. Die Versammlung verurteilt deshalb jeden Versuch der Kräftezerplitterung auf das schärfste. Als die einzige Interessensvertretung der Zimmerer Deutschlands erklärt sie den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, für dessen weiteste Ausbreitung die Versammlungen mit allen Kräften einzutreten sich verpflichten.“ Anschließend hieran wurde die Abrechnung vom ersten Quartal verlesen. Die Position „Sonstige Ausgaben“ wurde von mehreren Rednern kritisiert. Es wurde beschlossen, zur nächsten Versammlung eine Spezifikation dieses Postens vorzulegen. Dem Kartellbericht folgte ein kurzer Vortrag des Genossen Stöbel über die Gründung eines Konjunkturvereins. Seine Ausführungen fanden lebhaftes Interesse. Dann wurden noch zwei Mitglieder in die Bauarbeiterschuttkommission gewählt. Der letzte Punkt der Tagesordnung wurde wegen vorgerückter Zeit abgelehnt. Zum Schlusse wurde noch ein Dankschreiben eines erkrankten Kameraden für erhaltene Unterstützung verlesen.

Grünmittschau. Am 24. Mai tagte unsere von 53 Kameraden besuchte Mitgliederversammlung, in der Kamerad Bringmann aus Hamburg einen Vortrag hielt über die Klassengegensätze im Baugewerbe und das Jahr 1913. Seine Ausführungen, die mit Beifall aufgenommen wurden, decken sich mit dem, was in Nr. 24 des „Zimmerer“ aus Chemnitz berichtet worden ist. Die Versammlung beschloß die nachstehende Resolution. „Die heute in der Zentralherberge tagende Mitgliederversammlung der Zimmerer erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Gleichzeitig erkennt sie die von der neunzehnten Generalversammlung beschlossenen Beitragsätze

als notwendig an. Im weiteren versprechen die Anwesenden, den uns noch fernstehenden Berufskameraden über Zweck und Nutzen unseres Verbandes die nötige Aufklärung zuteil werden zu lassen und sie als Mitglieder dem Verband zuzuführen, um so im Jahre 1913 jedweden Machtgelüsten der Arbeitgeber im Baugewerbe in bezug auf Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse gerüstet in finanzieller Beziehung sowie in geschlossener Macht einer alle Zimmerer in sich fassenden Organisation gegenüberzutreten zu können." Da zu Punkt 2 niemand etwas vorzubringen hatte, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Düffelndorf. Eines zahlreichen Besuches erfreute sich unsere Mitgliederversammlung am 11. Juni, in der von dem Vorsitzenden Reichardt Bericht erstattet wurde über die Verhandlungen der Schlichtungskommission. Mit der Regelung der Differenzen bei dem Zimmermeister v. Wunsch und den Architekten Ufer und Grumbach erklärten sich die Versammelten einverstanden. In der Debatte wurde von mehreren Rednern das Benehmen des Poliers Müller bei dem Zimmermeister v. Wunsch moniert. Die Behandlung, die er den Gesellen angedeihen lasse, sei nicht weniger als einwandfrei, und die diesmaligen Differenzen seien allein durch ihn verschuldet. Die Kameraden hätten sich aber durch sein Verbot, während der Arbeitszeit Speisen und Trinkwasser zu besorgen, nicht einschüchtern lassen, und sie würden das auch in Zukunft nicht tun. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde bekanntgegeben, daß auf einigen Plätzen die Poliere und Stößgesellen in Afford übertragen erhielten und dabei versuchten, durch fortgesetzte Antreiberei nicht nur den Unternehmerprofiß zu erhöhen, sondern auch für sich persönlich einen ansehnlichen Nebenverdienst zu erzielen. Alle Anwesenden waren sich darin einig, daß ein solches Schwichmeisterstystem die Lage der Zimmerer ganz besonders ungünstig beeinflusse und daß man ihm deshalb ganz energisch auf den Leib rüden müsse. Allerdings bedürfe es dazu der tätigen Mitarbeit aller Verbandskameraden, vor allem sei darauf Wert zu legen, daß die Agitation für den Verband nicht nachlasse. Es müsse dafür gesorgt werden, daß sämtliche Kameraden sich dem Zentralverbande der Zimmerer anschließen.

Übting. Hier fand am 7. Juni eine Mitgliederversammlung statt, in der Genosse Crispian aus Danzig referierte über: „Die Gewerkschaften und die nächsten Reichstagswahlen“. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen. Am Schluß richtete der Redner an die Anwesenden noch die Aufforderung, sich auch politisch zu organisieren und den Vorgängen auf politischem Gebiet die größte Beachtung zu schenken. Bei der Wahl habe der Arbeiter darauf zu achten, daß wirkliche Arbeitervertreter gewählt würden und nicht solche Leute, die nur vorgeben, Arbeiterinteressen zu vertreten, die aber in Wirklichkeit in dem Arbeiter nur ein Ausbeutungsobjekt erblicken. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, bis 1. Oktober vier Marken in Höhe von 25 M für den Wahlfonds zu kaufen. Nachdem noch eine Anzahl örtliche Angelegenheiten geregelt waren, fand die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband ihr Ende.

Graudenz. Am 6. Juni fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Der Besuch ließ sehr zu wünschen; selbst die Vorstandsmitglieder fangen an, lau zu werden. So war der erste Schriftführer nicht erschienen und ebenfalls fehlte sein Stellvertreter. Es mußte deshalb erst eine Ersatzwahl vorgenommen werden, damit die Versammlung nicht ohne Schriftführer war. Kamerad Neß wurde mit diesem Posten betraut. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kameraden Karl Engelbrecht. Zu seinem Begräbnis wurde aus der Lokalkasse ein Zuschuß von M 20 bewilligt, den Neß trägt die Gewerkschaftskasse. Im weiteren wurde auf unsern Tarif hingewiesen, dessen Innehaltung alle Mitglieder streng beachten müßten. Vielfach werden gegen einzelne Bestimmungen des Tarifs verstoßen. So werde auf Anordnung einzelner Unternehmer Sonnabends bis 6 Uhr gearbeitet, obwohl laut Tarif um 5 Uhr Feierabend sei, unter Fortfall der Vesperpause, bei einem Lohnabzug von einer halben Stunde. Mit dieser Sache haben sich schon Vorstandssitzungen befaßt. Solche Fälle ließen sich sehr leicht vermeiden, wenn alle Mitglieder mehr Energie zeigen würden. An die Unternehmer ist die Aufforderung ergangen, sich den Bestimmungen des Tarifs zu fügen. Einem längere Zeit arbeitslosen Kameraden wurde eine leihweise Unterstützung bewilligt. Ein Kamerad hat sich abgemeldet und einer erklärte seinen Austritt, er mußte sich aber vom Kassierer sagen lassen, daß er bereits wegen Schulden gestrichen sei. Unter „Verschiedenes“ wurden noch mancherlei Angelegenheiten erledigt, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband ihr Ende fand.

Halle a. d. S. Am 10. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Vorsitzende bekannt, daß der Kamerad Otto Wilde, Kanena, verstorben ist. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Dann berichtete der Vorsitzende, daß in letzter Zeit sich die Unternehmer wenig um den Tarif kümmern, wo es sich um Junggesellen handelt, und teilweise unter dem im Tarif festgelegten Lohn gezahlt haben. Den anwesenden Junggesellen wurde anheimgegeben, alle Beschwerden über zu wenig erhaltenen Lohn sofort dem Vorstand der Zahlstelle zu melden. Es waren 20 Junggesellen anwesend, die das Versprechen abgaben, gegen die Unternehmerrückwärtsenergie Front zu machen, um den tarifmäßigen Lohn zu erhalten. Die Unternehmer Eisenhmidt, Dönitz, Bode, Kieseke, Herrn Pfeifer, letzterer Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, sind uns bis jetzt als solche gemeldet, die gegen den Tarif verstoßen. Weiter verlas der Vorsitzende eine kalkulierte Unkostenberechnung für das zu errichtende Gewerkschaftshaus. Da aus derselben nicht zu ersehen war, ob die Gewerkschaften eine Verpflichtung zwecks Finanzierung des Gewerkschaftshauses nötig haben, wurde nach längerer Diskussion wegen der vorgerückten Zeit — die Versammlung hatte sich schon stark gelichtet — von einer Abstimmung abgesehen. Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Hierauf erfolgte Schluß der von 84 Kameraden besuchten Versammlung.

Kattowitz. Am 15. Juni tagte im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung, in der Kamerad Schwob referierte über das Thema: „Was steht uns bevor und wer schützt unsere Interessen.“ Nachdem er einleitend darauf hingewiesen, daß die fortgesetzte zunehmende Verschärfung der Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eine energische Agitation zur Erhaltung unseres Zentralverbandes zur zwingenden Notwendigkeit mache, legte er dar, wie ungeachtet dessen die gegnerischen Organisationen, vor allem die „christlichen“ Gewerkschaften, ihre Zersplitterungsarbeit fortsetzten, von der nur allein das Unternehmertum Vorteile habe. Das sei das Verwerflichste bei dem Vorgehen der Christen, daß sie nicht in jene Gegenden gehen, wo die Organisation noch nicht eingedrungen ist, sondern sich fast ausschließlich darauf beschränken, in jüngeren, zum Teil noch wenig besetzten Reihen unseres Verbandes Mitgliederfang zu betreiben. Wo unsere Kameraden noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht sind, hat diese schmutzige Agitation auch oftmals Erfolge, besonders deshalb, weil sie mit den schärfsten Mitteln betrieben wird. Natürlich arbeiten sie damit nur dem Unternehmertum in die Hände, das an dieser Arbeiterzersplitterung die größte Freude hat. Daß eine Organisation, wie die christliche, nicht die Eigenheiten besitzt, die Interessen der Zimmerer nachdrücklich zu schützen, bedürfe eines Beweises nicht. Vielmehr habe die christliche Organisation mehr als genug bewiesen, daß sie die Interessen der Arbeiter mit Füßen treten. Unsere Kameraden hätten deshalb alle Ursache, das Verhalten der Christen scharf zu beachten und, wenn notwendig, für eine entschiedene Abweisung zu sorgen. Die Schwierigkeiten, die unserer Agitation entgegenstehen, müßten beseitigt werden, denn es gelte, bis 1913 eine in jeder Hinsicht schlagfertige Organisation zu schaffen. Alle Kameraden müßten hierbei mit Hand anlegen. Vor allem müßten sie aber auch den bestehenden Mißständen entgegenzutreten und Verstöße der Unternehmer gegen die übliche Arbeitszeit scharf zurückweisen. Nur wenn jeder Kamerad seine Pflicht erfülle, werde es gelingen, die Interessen aller Zimmerer zu wahren und zu fördern. Unter „Verbandsangelegenheiten“ wurden persönliche Differenzen geschlichtet, worauf der bisherige Vorsitzende sich bereit erklärte, seinen Posten, den er in der letzten Versammlung niedergelegt hatte, weiter zu führen. Ein Hoch auf den Zentralverband schloß die Versammlung.

Kiel. Am 14. Juni tagte unsere Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Abrechnung vom ersten Quartal. Die Bedeutung der industriellen Kartelle für die Arbeiterschaft. Unser Sommervergnügen. Verschiedenes. Zur Abrechnung gab Kamerad Marten einige Erläuterungen. Das Vermögen der Lokalkasse ist im ersten Quartal um M 3471,16, und zwar auf M 7689,31 gestiegen. Die Richtigkeit der Gesamtabrechnung wurde von den Revisoren bestätigt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung hatte der Vorsitzende, Kamerad S. Ehlers, einen gut durchdachten Vortrag ausgearbeitet. In leicht verständlicher Weise führte er den Anwesenden das Zustandekommen der Kartelle und Truiste vor Augen. Er unterscheidet dreierlei Kartelle: Konditionskartell, Preiskartell und Verkaufskartell oder Syndikat. Während im Konditionskartell nur ein Zusammenschluß bestimmter Werte für bestimmte Waren stattfindet, nimmt das Preiskartell schon schärfere Formen an, indem es die Preise vorschreibt. Im Verkaufskartell ist die Organisation am weitesten fortgeschritten. Hier unterscheidet man Verkaufsabteilungen und Versandabteilungen, Festlegung der Produktion sowie Bestimmung der Abnehmer durch das Bureau des Syndikats. Welche Macht in einem Truist herrscht, zeigte Redner an einer Reihe von Beispielen. Nun drängt sich die Frage auf, welche Mittel sich den Arbeitern bieten, um für die Folgezeit dieser Wirtschaftsordnung wirksam entgegenzutreten. Die Genossenschaftsbewegung dränge sich hierbei in den Vordergrund. Wenn diese von allen Arbeitern tatkräftig unterstützt werde, dann werde es durch die Uebernahme der Eigenproduktion möglich sein, die Interessen der Arbeiter wirksam zu wahren. Es sei aber ohne weiteres klar, daß die Genossenschaft allein nicht ausreiche. Die Kaufkraft der Arbeiter könne nur erhalten und verbessert werden durch die Gewerkschaftsorganisation. Außer den beiden genannten Bewegungen komme die politische hinzu, für uns die sozialdemokratische Partei, die für Aufklärung und Mitwirkung bei der Gesetzgebungsmaßnahme für die Arbeiterschaft helfe. Wenn die Arbeiterschaft in ihrer Masse hinter diesen drei Organisationen stehe, dann sei auch in Zukunft der Kartell- und Truistbildung der Unternehmer ein Damm gesetzt; denn: Vereinte Kraft Großes schafft! (Allgemeiner Beifall.) In der Diskussion trat man den Ausführungen des Referenten allseitig bei. Es wurde der Eintritt in den Konjunkturverein empfohlen. Ferner wurde beschlossen, am 23. Juli ein Sommervergnügen im Gewerkschaftshaus zu veranstalten. Dann gab Kamerad Marten ein Schreiben des Gauleiters bekannt, worin mitgeteilt wird, daß unser früheres langjähriges Vorstandsmitglied, Otto Zapfthal, in Brunsbüttel Arbeitswilligendienst verrichtet. Die Versammlung erachtet diesen Vorfall für kaum glaubwürdig. Der Vorstand wurde beauftragt, Erkundigungen bei der Zahlstelle Brunsbüttel einzuziehen. (Genannter hat einen Posten dort angenommen unter der Angabe, daß der Platz nicht bestreitet sei.) Des weiteren wurde bekanntgegeben, daß eine Schlichtungskommission getagt habe, worin entschieden sei, daß für Zimmerarbeiten, gleichviel wer sie ausführt, Zimmererlohn zu zahlen ist. Kamerad Marten verwies dann auf die Bewegung in unsern umliegenden Bezirken.

Landesberg a. d. W. Am 11. Juni tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Obwohl die Tagesordnung eine sehr wichtige war, hatte es doch nur etwa die Hälfte der Mitglieder für nötig erachtet, zu erscheinen. Zunächst wurde mitgeteilt, daß der Lohnarif jetzt alle Instanzen passiert habe und auch unterzeichnet sei, so daß er in Druck gegeben werden könne. Nach Fertigstellung wird jedem Mitgliede ein Exemplar verabfolgt. Dann wurde berichtet, daß am 30. Mai eine Sitzung mit den Unternehmern stattgefunden habe, um zu dem Abschluß eines Affordtarifes Stellung zu nehmen. Zu irgend einem Ergebnis sei die Sitzung nicht gekommen, da die Kommission zunächst eine Rücksprache mit den Kameraden für nötig gehalten habe. Es müsse deshalb in der heutigen Versammlung dazu Stellung genommen werden. Die

Debatte war recht lebhaft. Alle Redner waren sich darin einig, daß für Landesberg keine Notwendigkeit vorliege, einen Affordtarif abzuschließen. Seit Bestehen unserer Zahlstelle, 14 Jahre, ist von keinem Zimmerer Affordarbeit ausgeführt worden, in früheren Jahren auch nur in ganz vereinzelten Fällen. Der Abschluß eines Affordtarifes wurde einstimmig abgelehnt. Von diesem Beschluß wird den Unternehmern Kenntnis gegeben. Hoffentlich lassen sie es dann dabei bewenden, denn weitere Schritte in dieser Sache würden ihnen doch nichts nützen. Von der Konferenz in Cüstrin gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht, da im „Volksblatt“ bereits ausführlich berichtet war. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß unter den Textilarbeitern eine rührige Agitation betrieben werden soll, deren Unterstützung den andern Gewerkschaften zur Pflicht gemacht wird. Das Gewerkschaftsfest wird im Juli stattfinden, und zwar in der üblichen Weise mit einem Festzuge durch die Stadt. Der Tag wird noch bestimmt. Eine längere Debatte fand über die Einführung der Hauskaffierung statt. Von verschiedenen Rednern wurde angeführt, daß fast die Hälfte unserer Mitglieder auf dem Lande wohne, die Hauskaffierung mithin enorme Kosten verursachen werde. Da auch der Zeitungskolporteur seinen Posten, den er mehrere Jahre hindurch zur Zufriedenheit der Mitglieder verwaltet hat, altershalber niederlegen will, wurde in Vorschlag gebracht, Kolportage und Hauskaffierung miteinander zu verbinden. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, die Sache bis zur nächsten Versammlung, am 24. Juni, zu vertagen. Diese Versammlung soll auch über die Wiederaufnahme eines schon etliche Male wegen Schulden gestrichenen Mitgliedes Beschlüsse fassen. Zum Schluß richtete noch ein Kamerad einige beherzigenswerte Worte an die Anwesenden, indem er aufforderte zur regen Agitation für die Arbeiterpresse, das „Neumärkische Volksblatt“.

Mainz. In der allgemeinen Mitgliederversammlung am 8. Juni wurde einleitend das Verhalten der Kameraden bei der Brückenbaugesellschaft vormals Klett & Co. besprochen. Es wurde allseitig bedauert, daß es bisher nicht gelungen konnte, eine Versammlung der dort beschäftigten Zimmerer zustande zu bringen. Daß die Gesellschaft ihre Arbeiten zu einem Schundlohn hergestellt erhält, ist tief taurig. Kamerad Kremser aus Frankfurt gab die Antwort der Firma auf das an sie gerichtete Schreiben bekannt. Aus der Antwort ging hervor, daß bisher von den dort beschäftigten Zimmerern der tarifliche Lohn nicht gefordert worden sei, und daß die Firma es ablehne, der durch den Verband eingereichten Forderung Folge zu geben. Zur Beseitigung der Mißstände zeigte sie sich bereit. Die hierüber gehaltene Aussprache endete mit dem Beschluß, die Firma zur Zahlung des tariflichen Lohnes und ebenso der Zuschläge für Wasser- und Karbolinumarbeiten aufzufordern, im Weigerungsfalle soll die Arbeit eingestellt werden. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurde die Durchführung des Tarifs auch bei andern Firmen besprochen. Der Vorsitzende gab diese Firmen bekannt; hierbei wurde auch die Firma Schmitt & Wilhelm in Zahlbach erwähnt, die erst die Anerkennung des Tarifs versprochen, dann aber dieses Versprechen nicht gehalten habe. Diese Firma soll schriftlich zur Nachzahlung der Lohndifferenz aufgefordert werden, falls das nicht geschieht, erfolgt die Arbeitsniederlegung. (Die Arbeit ist inzwischen bereits eingestellt. D. Ver.) Nachdem noch Kamerad Kremser auf das am 25. Juni stattfindende Jubiläum der Zahlstelle Frankfurt hingewiesen und zur zahlreichen Beteiligung aufgefordert hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Mannheim. Bei dem jüngst geführten Blaskstreik in dem Metzgeschäft von Teßerau & Stoffels haben die „radikalen“ Anarchos wieder einmal Farbe bekant. Nach dieser ihrer neuesten Heldentat steht ihrer Vereinigung mit der gelben Organisation eigentlich nichts mehr im Wege. Als unsere Kameraden wegen Lohndifferenzen die Arbeit ruhen ließen, nahmen die anarchosyndikalistischen Zementreue keinen Anstand, deren Arbeit zu berichten. Ihr Verhalten hatte zur Folge, daß der Streik, der sicher in zwei bis drei Stunden seine Erledigung gefunden hätte, eine Woche dauerte. Er wäre auch dann noch nicht erledigt gewesen, wenn nicht die Firma zu der Einsicht gekommen wäre, daß die von den Zementreuen gelieferte Zimmerarbeit absolut nicht zu gebrauchen sei. Nach Wiederaufnahme der Arbeit durch die Zimmerer mußte zunächst die Streitarbeit der Anarchos wieder abgerissen werden, weil sie für die am Bau Beschäftigten eine Gefahr bedeutete für Leben und Gesundheit. Bezeichnend ist das Verhalten der Zeitung der getanzten Zementreue, die sich auf den Standpunkt stellte, daß letztere schon vorher Einzelarbeit verrichtet hätten, mithin auch weiter diese Arbeit leisten dürften. Sie sanktionierte einfach den Streibuch. — So sieht der Radikalismus der Anarchos aus. Merkt's Euch, Mannheimer Zimmerer.

Obornik. Am Sonntag, 11. Juni, tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in welcher Kamerad Budzinski-Posen ein Referat hielt über: „Die gefakten Beschlässe der neunzehnten Generalversammlung und was haben die Zimmerer demgegenüber zu tun?“ Der Referent führte den Anwesenden vor Augen, was die Organisation der Zimmerer für Erfolge für ihre Mitglieder erzielt hat durch die Aussperrung. Da die Arbeitgeber durch den Schiedspruch nicht zufriedengestellt worden sind, so rüsten sie aufs neue zum Kampfe, und da sind wir gezwungen, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Am Schluß seiner Ausführungen forderte der Referent die Anwesenden auf, für die Durchführung der Beschlüsse Sorge zu tragen und ungeachtet der Beitragserhöhung dem Verband treu zu bleiben. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und versprachen die Kameraden, im Sinne des Referenten zu wirken. Mit einem warmen Appell, unsere Organisation zu stärken und auszubauen, um auch in Obornik geregelte Zustände zu schaffen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Schönebeck. Am 27. Mai tagte im „Bürgerhaus“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende gab einen kurzen Ueberblick über die Beitragszahlung. Im allgemeinen werden die Beiträge gut entrichtet, nur zwei Kameraden können sich noch nicht dazu bereit finden. Sie sind vom Vorsitzenden in persönlicher Rücksprache energisch an ihre Pflichten erinnert worden.

Eine lebhaftere Debatte entspann sich über die Auszahlung des Lohnes. Es ist vorgekommen, daß ein Unternehmer erst nach Feierabend den Lohn auszahlt, obwohl er verpflichtet ist, den Lohn vor Feierabend auszuzahlen.

Stargard i. Pom. Am 28. Mai tagte unsere von 34 Mitgliedern besuchte Monatsversammlung. Sie nahm zunächst den Bericht von einer Sitzung mit den Polieren entgegen, die den Zweck hatte, mit den Polieren Fühlung zu nehmen, um sie für den Verband zu gewinnen.

Stinnewinde. In der Mitgliederversammlung am 10. Juni erbatte Kamerad Michaelis aus Stettin Bericht von der 19. Generalversammlung. Er schilderte die schwere Aufgabe, die der Generalversammlung zur Erledigung zugewiesen war und gab dann ein Bild von den gefassten Beschlüssen.

Willkassen (Ostpr.). Am 5. Juni fand eine Mitgliederversammlung statt, in der Kamerad Schmidt aus Königsberg über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation sprach. Der Redner schilderte die Gründung und Entwicklung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands.

Vermischtes. † Gottfried Wöttcher. Wieder ist ein treuer Verbandskamerad dahingegangen, und zwar ist er im Beruf zu Tode gekommen. Am 17. Juni ist er am Neubau der „Produktion“ in Hamburg-Barmbeck vier Etagen abgestürzt.

Ueber Polierunverschämtheit in Karlsruhe wird uns geschrieben: Am 14. Juni wurde eines unserer ältesten Mitglieder plötzlich von einem Polier entlassen, der schon mehrere Male Verbandsmitglied war und bei der letzten Aussperrung abgefallen ist.

Sterbetafel. Nürnberg. Am 5. Juni starb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser Kamerad Leonhardt Erdmanns-dörfer im Alter von 62 Jahren.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. Am 7. Juni stürzten zwei auf dem Dache eines Gutes bei Burgstädt beschäftigte Dachdecker ab. Dem einen wurde beim Aufschlagen auf den Boden der linke Arm zerschmettert, er mußte ins Luisenkrankenhaus in Chemnitz gebracht werden.

A. C. Steigende Erträge von Bau- und Terrain-gesellschaften. 149 in der Form von Aktiengesellschaften bestehende Bau- und Terraingesellschaften haben in den ersten vier Monaten d. J. ihre Gewinnergebnisse so veröffentlicht, daß sich die Gewinne resp. Verluste denen des Vorjahres gegenüberstellen lassen.

von 42,17 Millionen Mark insgesamt 4,80 Millionen Mark Verlust zu verzeichnen hatten. Im Jahre 1910 hat sich das Bild sehr günstig verändert; die Zahl der gewinnbringenden Gesellschaften nahm von 118 auf 123 zu.

Table with 6 columns: Company Name, 1909, 1910, 1909, 1910, 1909, 1910. Rows include Baugesellschaften, Terraingesellschaften, and Summa.

Bei den mit Verlust abschließenden Gesellschaften gestalteten sich die Abschlüsse folgendermaßen:

Table with 6 columns: Company Name, 1909, 1910, 1909, 1910, 1909, 1910. Rows include Baugesellschaften, Terraingesellschaften, and Summa.

Insgesamt ergibt sich für 149 Gesellschaften mit einem von 246,91 auf 254,11 Millionen Mark erhöhten Aktienkapital im Jahre 1910 ein Gewinnüberschuß von 21,89 Mill. Mark gegen 19,30 Millionen im Jahre 1909.

Wie bescheiden sind solchen horrenden mühelosen Gewinnen gegenüber doch die lärglichen Lohnaufbesserungen der schwer arbeitenden Bauleute!

Gewerkschaftliche Rundschau.

Ein Konflikt im Berliner Buchdruckgewerbe. Am 17. Juni erschienen einige große Berliner Zeitungen nicht, und zwar blieben der Berliner „Lokalanzeiger“, der „Tag“, die „Berliner Abendzeitung“, die „Morgenpost“, das „Berliner Tageblatt“, die „Allgemeine Zeitung“ und die Berliner „Volkszeitung“ aus.

Die Entlassung der zwei Notationsmaschinenmeister rückt den Betriebskonstitutionalismus im Buchdruckgewerbe in ein recht ungünstiges Licht. Die Firma Scherl hat nämlich vor Weihnachten mehrere Maschinenmeister entlassen und von den übrigen Ueberstundenarbeit verlangt.

1. Die beklagten Notationsmaschinenmeister haben sich eines groben Tarifbruches schuldig gemacht, begangen durch absichtliche Nichtbefolgung einer Entscheidung des Tarifamts vom 28. April 1911.

2. Die vom Tarifamt am 28. April in Gegenwart der Prospektparteien festgesetzte Arbeitszeit tritt nunmehr bestimmt am Montag, 12. Juni, in Kraft.

3. Die Vertrauensleute Guf und Wallnig werden für schuldig erklärt, den am 8. Mai durch die Beklagten begangenen Kontraktbruch und Tarifbruch nicht verhindert zu haben. Das Tarifamt muß sogar für das tarifbrüchige Verhalten des Personals die beiden Vertrauensleute verantwortlich machen und glaubt, daß das Verbleiben derselben in dem Betriebe der Klägerischen Firma einem friedlichen Arbeitsverhältnis im Wege steht.

Auf Grund dieser Entscheidung entließ die Firma Scherl die beiden Vertrauensleute, was deren Kollegen so empörte, daß sie die Arbeit einstellten. Die von dem Konflikt betroffenen Firmen veröffentlichten u. a. die nachstehende Rundgebung:

Erklärung. Die Zeitungs-Notationsmaschinenmeister der Firma August Scherl, G. m. b. H., haben heute nachmittag unter

wiederholtem Kontrakt- und Tarifbruch die Arbeit niedergelegt. Veranlassung hierzu ist angeblich ein Urteil des Tarifamtes, der obersten Schiedsinstanz im Buchdruckgewerbe. Trotz stundenlanger Verhandlungen, trotz weitestem Entgegenkommen der Firma August Scherl, G. m. b. H., und trotz gütlichen und ernstlichen Zuredens aller hierfür in Betracht kommenden Stellen: der Geschäftsleitung, der Tariforgane, der Gau- und Zentralleitung des Verbandes der deutschen Buchdrucker, haben die Maschinenmeister darauf bestanden, daß die infolge des vorerwähnten Urteils des Tarifamtes entlassenen zwei Maschinenmeister wieder einzustellen sind, und daß sie nicht früher die Arbeit aufnehmen würden, als bis ihrer Forderung entsprochen sei. Das übrige Personal, Setzer und Stereotypere, hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen.

Die Abendausgabe des „Berliner Lokal-Anzeigers“, des „Tag“ sowie die „Berliner Abend-Zeitung“ konnten infolgedessen nicht erscheinen. Neue Vermittlungen der vorgenannten Organe, alle Hinweise auf die hieraus sich ergebenden Konsequenzen für die betreffenden Maschinenmeister und für das Gesamtgewerbe entstehenden Gefahren haben die Maschinenmeister nicht veranlaßt, ihre völlig unterständliche Stellung aufzugeben. Zu ihrem Bedauern haben die zuständigen und vorerwähnten Organe des Verbandes der deutschen Buchdrucker sich genötigt gesehen, die in Betracht kommenden Maschinenmeister wegen des begangenen außerordentlichen groben Tarifbruches und der damit im Zusammenhang stehenden groben gewerkschaftlichen Disziplinlosigkeit aus dem Verbande der deutschen Buchdrucker auszuschließen.

Die Unbefonnenheit der in Frage kommenden Personen muß aufs tiefste bedauert werden. Trotz dieses Vorfalls vertrauen wir im Interesse des großen sozialen Friedenswertes, der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker, auf die unbedingte Tariftreue aller in Betracht kommenden deutschen Buchdruckerprinzipale und -gehilfen.

Berlin, 16. Juni 1911.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

gez.: Georg W. Bürgenstein, L. H. Giesede, Paul Schliebs, Prinzipal-Vorsitzender. Gehilfen-Vorsitzender. Geschäftsführer.
Der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker.
gez.: Emil Döblin. Gustav Essler. Otto Wönigk.

Der Vorstand des Verbandes der Buchdruckerei-Gehilfen Deutschlands.

gez.: Frau Paula Thiede. E. Bucher.

Die ausständigen Arbeiter der drei Firmen veranlaßt durch Herausgabe eines Flugblattes eine Sachdarstellung. Darauf erschien von der Gauleitung der Buchdrucker die nachstehende Erklärung:

„Die unter grobem Disziplinbruch in den Ausstand getretenen Zeitungs-Notationsmaschinenmeister der Firma August Scherl haben in Gemeinschaft mit ihren Kollegen der Firmen Mosse und Allstein in den Nachmittagsstunden des gestrigen Tages ein Flugblatt an die Berliner Arbeiterschaft verbreitet, das geeignet ist, nicht nur ein falsches Bild von der augenblicklichen Situation in Berliner Buchdruckgewerbe zu geben, sondern vor allem Unruhe in die Kreise unserer Berufs- und Arbeitskollegen zu bringen. Wir ersuchen deshalb auch auf diesem Wege unsere Kollegen, sich nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen zu lassen, sondern raten dringend, auf jeden Fall die für ein Verbandsmitglied selbstverständliche Disziplin und die Autorität der leitenden Stellen unseres Verbandes zu wahren. Der übrigen Arbeiterschaft empfehlen wir, sich bei Beurteilung der ganzen Konfliktsache nur auf diejenigen Erklärungen zu verlassen, die seitens der Organisation kundgegeben werden. Die Organisationsvertretung ist im Interesse des gesamten Gewerkschaftslebens gezwungen, so, wie geschehen, zu handeln, und wir erwarten deshalb in erster Linie von der Berliner Kollegenschaft, streng gewerkschaftliche Disziplin zu wahren, schon um der Gefahren willen, die eine gegenteilige Stellungnahme für die Kollegenschaft und weiter für die gesamte Arbeiterschaft im Gefolge haben könnte.“

Der „Vorwärts“ vom Sonntag, den 18. Juni, bemerkt in seiner eingehenden Darstellung und Erörterung des Konflikts u. a.:

„Wir sehen nicht an, zu erklären, daß Fehler auf allen Seiten gemacht worden sind. Nicht zuletzt auf Seiten der Arbeiter! Ihr Vorgehen ist menschlich begreiflich. Es ist von schöner Kollegialität diktiert. Aber die selbst gegebenen Gesetze der Tarifgemeinschaft gefaßt diesen Akt der Selbsthilfe nicht. Es war der Arbeiterschaft unbelassen, gegen die Beschimpfung ihrer Kollegen, gegen deren Entlassung zu protestieren; aber sie mußten dabei die Mittel anwenden, welche der Tarifvertrag vorschreibt!“

Bei den Firmen Mosse und Allstein kam der Konflikt bereits am Sonnabend, 17. Juni, auf Grund der Erklärung der Firmen zu Ende, daß sie Streikarbeit nicht mehr verrichten lassen würden.

Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger, der Sonntag, den 18. Juni, eine Sitzung abhielt, faßte den nachstehenden Beschluß:

„Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger nimmt mit besonderer Genugtuung von der Solidarität Kenntnis, mit welcher die Berliner Zeitungsverleger angesichts des eklatanten Tarifbruches einer kleinen Gruppe von Maschinenmeistern zusammenstehen. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Leitung der Gehilfenorganisation nichts unberücksichtigt lassen wird, den gegen den klaren Wortlaut der Tarifgemeinschaft erfolgten Vertrauensbruch rückgängig zu machen. Der Verein deutscher Zeitungsverleger richtet an alle Kollegen im Reiche die dringende Aufforderung, alles zur Unterstützung der notleidenden Betriebe zu tun und geeignete Kräfte zur Ausschilfe zu beurlauben, selbst wenn dadurch Opfer von dem einzelnen Verleger erwartet werden. Der Verein deutscher Zeitungsverleger erwartet von der Leitung der Gehilfenorganisation, daß die eintreffenden Ausschilfskräfte unbehelligt ihre Arbeit ausüben können.“

Um dieselbe Zeit tagte eine Versammlung sämtlicher Druckerarbeiten der Firmen Scherl, Mosse und Allstein, an der auch die Vertrauensmänner der andern größeren Druckereien Berlins und Vertreter der Zentralverbände der Berliner Gewerkschaften teilnahmen. Das Ergebnis der Erörterung war folgender Beschluß: „Nachdem das ge-

samte Druckereipersonal der Firmen Mosse und Allstein bereits Sonnabend gegen die Zusicherung, daß ihm keine Streikarbeit zugemutet werden solle, die Arbeit wieder aufgenommen hat, hat auch das gesamte Druckereipersonal der Firma Scherl Montag vormittag die Arbeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen. Eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission der Maschinenmeister, die wegen der auf Grund des Urteils des Tarifamtes am 6. Juni dieses Jahres erfolgten Entlassung zweier Maschinenmeister am 16. Juni die Arbeit niedergelegt haben, wird mit der Firma Scherl wegen Wiedereinstellung jener 37 in Verhandlung treten. Ebenso haben die Hilfsarbeiter eine dreigliedrige Kommission behufs Verhandlung mit der Firma Scherl zu entsenden.“

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in der Zeit vom 5. bis 10. Juni in Mannheim seine Generalversammlung abgehalten. Er zählt jetzt 500 000 Mitglieder und hatte am Schlusse des Vorjahres 7½ Millionen Vermögen. Die Beiträge der männlichen Mitglieder wurden pro Woche um 10 %, die der weiblichen um 5 % erhöht. Bei großen Ausperrungen soll in den ersten 14 Tagen keine Unterstützung gezahlt und eventuell soll die Streikunterstützung auch für die spätere Zeit herabgesetzt werden. Ueber die Stellung des Metallarbeiterverbandes zu den Tarifverträgen führte der Verbandsvorsitzende Schlichte aus: „Bei Lohnbewegungen wollen wir den kollektiven Arbeitsvertrag erstreben, aber möglich ist er nur dort, wo die Vorbedingungen gegeben sind. Ich wünsche aber, daß der Glaube an die Allmacht der Tarife allmählich erschüttert wird. Es muß die Auffassung zur Geltung kommen, daß die Träger der Tarife die Arbeiter selbst sein müssen. Wir haben an dem Abschluß eines Tarifvertrages kein größeres Interesse als die Industriellen. Uns ist die Bewegungsfreiheit sehr lieb. Auf diesem Gebiete muß vorzüglich geprüft werden, ob wir durch den Abschluß eines Tarifvertrages wirklich genügende Erfolge erzielen.“

Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909. Soeben ist der siebte Bericht des Internationalen Sekretariats der gewerkschaftlichen Landeszentralen erschienen, der über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung in den 20 der angeschlossenen Länder Auskunft gibt. Das etwas verspätete Erscheinen erklärt sich daraus, daß auch diesmal einige Landeszentralen recht lange auf ihren Bericht warten ließen; so lief der Rest der belgischen erst Februar, der französischen gar erst im März d. J. ein. Einige Berichte sind in ihren statistischen Angaben auch nicht ganz lückenlos. Einzelne Länder, darunter England, können nicht einmal vollständige Angaben über die Mitgliederzahlen machen. Die Länder, wo straffe Zentralisationen vorhanden sind, sind naturgemäß in der Lage, auch die vollständigen Zahlen zu liefern.

Im übrigen haben aber alle angeschlossenen Länder Berichte eingesandt. Zum ersten Male erscheint auch aus Rumänien ein Bericht. Dagegen konnten über Rußland zahlenmäßige Angaben nicht beschafft werden, da dort die Verfolgungswut selbst die „legalen“ Vereinigungen zu einer engeren Verbindung nicht kommen läßt. Die Verbindung mit der Türkei und Argentinien ist über gelegentliche Korrespondenzen noch nicht hinausgekommen. Auch Australien ist noch nicht angeschlossen, da es dort noch immer an einer Zentralinstanz fehlt. Wie aber aus einem beigefügten Bericht des Sekretärs vom Gewerkschaftsamt in Carlton (Victoria) hervorgeht, haben die Gewerkschaften der australischen Bundesstaaten in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht. Dem Gewerkschaftsamt in Carlton gehören zurzeit 94 Gewerkschaften an, in denen 40 festangestellte Sekretäre tätig sind.

Was die Gesamtzahl der organisierten Arbeiter anlangt, so hat Deutschland das hierin bisher dominierende England überflügelt. Zu den unentbehrlichen englischen Zahlen ist allerdings zu bemerken, daß diese sich auf das Jahr 1908 beziehen, da dort die amtliche Feststellung der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nur alle zwei Jahre erfolgt.

Der Mitgliederzahl nach ergibt sich für die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Länder die folgende Reihenfolge (die Mitgliederzahl des Jahres 1908 ist in Klammern beigefügt): Deutschland 2 447 578 (2 382 401), England 2 406 746 (2 406 746), Vereinigte Staaten 1 710 433 (1 588 000), Frankreich 977 350 (294 918), Italien 783 538 (546 650), Oesterreich 455 401 (482 279), Schweden 148 649 (219 000), Niederlande 145 000 (128 845), Belgien 138 928 (147 058), Dänemark 121 295 (120 850), Schweiz 112 613 (113 800), Ungarn 85 266 (102 054), Norwegen 44 223 (48 157), Spanien 40 984 (44 912), Finnland 24 928 (24 009), Bulgarien 18 753 (12 933), Rumänien 8515 (?), Bosnien-Herzegowina 4470 (3997), Serbien 4462 (3238), Kroatien 4361 (4520). Für Frankreich war im Vorjahre nur die Mitgliederzahl der der Landeszentrale angeschlossenen Gewerkschaften angegeben, während diesmal die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder auf Grund des Berichtes des Statistischen Amtes eingestellt ist. Für Ungarn, Serbien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten konnte mangels anderer Angaben nur die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder, welche der Landeszentrale angehören, eingestellt werden. Die Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder ist in diesen Ländern zum Teil erheblich höher. Für alle 20 im Internationalen Sekretariat vertretenen Länder weist die Tabelle insgesamt 9 583 493 (8 669 843) Gewerkschaftsmitglieder aus; dazu kamen noch Australien, das Ende 1908 239 293 (1907: 213 321) gewerkschaftlich organisierte Arbeiter zählte, und Argentinien mit 22 457 (1908: 28 625) Gewerkschaftsmitgliedern, so daß die im Vorjahre mitgeteilte Zahl aller gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, die allerdings Rumänien und Argentinien nicht umfaßte, sich von 9 308 157 für 1909 auf 9 845 243 erhöhte.

Inzwischen haben in den meisten Ländern die Gewerkschaften schon wieder bedeutend zugenommen, so daß man nicht fehlgehen wird, wenn man das Heer der organisierten Arbeiter in den Kulturländern gegenwärtig auf zehn Millionen schätzt.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften haben nur 15 Länder mit einer Gesamtmitgliederzahl von 6 692 283 (5 000 326) berichtet; es fehlen die Angaben für Frankreich, Belgien, Rumänien, Spanien und die Vereinigten Staaten.

In den 15 (14) Ländern, welche Berichte lieferten, hatten die Gewerkschaften eine Einnahme von M 132 253 228 (M 126 387 013), eine Ausgabe von M 117 639 115 (M 109 991 690) sowie einen Kassenbestand von M 182 936 115 (M 175 909 670). Von den Ausgaben entfallen auf Reiseunterstützung M 1 414 136 (M 1 491 279), Arbeitslosenunterstützung M 22 193 888 (M 21 438 741), Krankenunterstützung M 20 844 473 (M 20 073 015), Invalidenunterstützung M 7 379 120 (M 7 464 619), Sterbegeld M 3 566 075 (M 3 327 875), sonstige Unterstützung M 2 312 130 (M 2 784 211); für diese Unterstützungen insgesamt M 57 707 822 (M 56 579 740).

Für Streiks und Ausperrungen wurden 1909 in 14 Ländern M 26 627 902, 1908 in 11 Ländern M 15 727 870, 1907 in ebenfalls 11 Ländern M 19 601 413 ausgegeben. Die höchste Ausgabe für Streiks und Ausperrungen weist wiederum Deutschland mit M 8 616 366 (M 6 814 994) auf; dann folgt Schweden mit M 5 128 280 (M 3 208 035), England mit M 2 667 260 (M 2 667 260) und Oesterreich mit M 1 873 938 (M 1 212 102).

Fast in keinem Lande ist die Gewerkschaftsbewegung eine ganz einheitliche; meist bestehen neben der Landeszentrale, welche dem Internationalen Sekretariat angeschlossen ist, noch Gewerkschaften anderer Richtung. In Deutschland zählen die christlichen Gewerkschaften 270 751 Mitglieder, auf die Sirsch-Duncker'schen entfallen 108 028.

Auf die Einzelberichte der verschiedenen Länder des näheren einzugehen, dürfen wir wohl unterlassen, um so mehr, als über die bedeutungsvolleren Vorkommnisse seinerzeit doch schon berichtet worden ist.

Im ganzen zeugt auch dieser stattliche Band von 247 S. noch mehr als seine Vorgänger von einer gewaltigen Bewegung, von Kraft und Energie, von dem starken Willen der Arbeiterklasse, sich die ihr gebührende Anerkennung zu erzwingen. Keine Macht der Erde vermag den Aufstieg der Arbeiter zu den ichteren Höhen der Menschheit dauernd zu hindern.

Literarisches.

Die zweite Auflage der Broschüre „Der gewerbliche Tarifvertrag, seine Bedeutung für die Gewerkschaften“ ist nahezu vergriffen, obwohl es erst recht wenige Zahlstellen sind, die ihre Mitglieder dafür interessieren. Teils scheinen die Sendungen den Mitgliedern gar nicht bekanntgegeben zu sein. Das ist sehr bedauerlich, wenn man bedenkt, daß die Arbeitgeberverbände sich bei der angestrengtesten Rüstungsarbeit befinden, um im Jahre 1913 ihre Absicht zu erreichen. Ueber diese Ausbeuterabsichten muß in unsern Mitgliederkreisen die weitgehendste Aufklärung geschaffen werden und diese wird durch die Verbreitung der Broschüre bewirkt. Es sollte deshalb in jeder Versammlung, bei jedem Zahlabend und durch die Kolporteurs des „Zimmerer“ auf die Broschüre aufmerksam gemacht werden und wo das nicht geschieht, sollten die Mitglieder darauf drängen. Es macht sich eine dritte Auflage nötig, sie wird jedoch erst gedruckt, wenn eine genügende Anzahl Bestellungen vorliegen. Der Bezug ist unentgeltlich.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 37. Heft des 29. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Sonnenachtstraum.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 ¢.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Als Heft 26-erschienen soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin: Dr. Hans Schwerin, Die Krankheiten des Ohres, der Nase und des Rachens. Mit fünf Abbildungen.

Der Verfasser behandelt in flotter, geschlossener Darstellung fast das gesamte Gebiet der Ohr-, Nasen- und Halskrankheiten, nachdem er in einleitenden Kapiteln den schwierigen Bau des Ohres und das Zustandekommen der Gehörswahrnehmung auch dem Laienverständlich nahegebracht hat.

Als Heft 27 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschien: Dr. Silberstein, Sport und Arbeiter.

Die Hefte kosten, wie alle übrigen aus der Serie „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek“, je 20 ¢, in besserer Ausstattung 50 ¢ und sind durch alle Buchhandlungen, Speditoren und Kolporteurs zu beziehen.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 ¢. Die Hefte 20 bis 23 sind erschienen. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Speditionen und Kolporteurs entgegen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 19 des 21. Jahrganges zugegangen.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 13. Nummer des 28. Jahrganges im Umfange von 16 Seiten erschienen.

Der Preis ist 10 ¢. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

Montag, den 26. Juni: Anklam: Abends 8 Uhr beim Restaurateur Kurt Sauerenz, Breitenstr. 22. - Barnen-Eberfeld: Im Volkshaus zu Eberfeld, Hombücker Straße.

Dienstag, den 27. Juni: Dortmund: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Ecke Bessing- und Leibnizstraße. - Emden: Abends 8 1/2 Uhr im Hotel „Bellevue“. - Halberstadt: Abends 8 1/2 Uhr bei Dollmann, Wafenstr. 63. - Wülheim a. Rhein: Abends 9 Uhr im Innungshaus, Danzigerstr. 141/149. - Posen: Eine halbe Stunde nach Feierabend im „Schweizerhof“, Kronprinzenstr. 104.

Mittwoch, den 28. Juni: Erford: Im Gewerkschaftshaus. - Wülheim a. d. R.: Bei Hollenberg, Dickswall 10. - Tönning: Abends 8 Uhr in Carstens Gesellschaftshaus.

Donnerstag, den 29. Juni: Schneidemühl: Bei Hugo Frost, Breite Straße 41.

Freitag, den 30. Juni: Bannau: Eine halbe Stunde nach Feierabend in Büttner's Restaurant, An der Petrikirche. - Coburg: Nach Feierabend im Lokal „Neue Welt“, Leopoldstraße.

Sonntags, den 1. Juli: Bannau: Bei Gumprecht, Schlossstr. 10. - Eisenberg: Gleich nach Feierabend bei Kollhoff. - Gelsenkirchen: Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstr. 65/67. - Leer i. Ostf.: Abends 8 1/2 Uhr bei Bernhard Fischer, Wöbdenstraße. - Lüdenscheid: In der „Zentralhalle“, Grabenstr. - Lüneburg: Im Gewerkschaftsheim, Neue Sülze. - Mülhausen i. Th.: Abends 8 1/2 Uhr im „Burgkeller“. - Oldesloe: Eine Stunde nach Feierabend im Hotel „Stadt Lübeck“. - Stade: Im Lokale „Bellevue“. - Wehlar.

Sonntags, den 2. Juli: Aachen: Vorm. 11 Uhr bei Anton Schmitz, Promenadenstraße 20. - Bergen b. Celle: Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Zur Stadt Hannover“. - Bergen a. Nigen: Nachm. 8 Uhr in der Herberge. - Blankenburg: Nachm. 3 Uhr im „Vorwärts“, bei Robert Oppermann. - Bochum: Vorm. 10 Uhr bei Krenkel, Mollkeplatz. - Braunsberg: Beim Kaufmann Kirschner, Am Markt. - Cöln: Vorm. 10 1/2 Uhr im Volkshaus, Severinstraße 197/199. - Duisburg: Vorm. 10 1/2 Uhr bei Marg. Feldstr. 9. - Essen: Vorm. 11 Uhr bei v. d. Loo, Schützenbahn. - Freiburg i. Br.: Vorm. 10 Uhr „Zur Stadt Belfort“, Ecke Belfort- und Mollkestraße. - Fürstenberg i. Mecklenburg: Nachm. 4 Uhr im „Schützenhaus“. - Glückstadt: Nachm. 4 Uhr bei Burg, Am Markt. - Sameln: Nachm. 8 Uhr im Gewerkschaftshaus. - Königsbucherhausen: Nachm. 4 Uhr im Restaurant „Zum Siegeskranz“. - Laage i. M.: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Reinholdt. - Luckenwalde: Nachm. 3 Uhr. - Ludwigschafen, Bez. Wundenheim-Rheingönheim. - Mag.: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Deutsche Straße 7. - Mürs: Vorm. 10 Uhr im Restaurant „Zur Stadt Grefel“, Neustraße. - Neuhaldensleben: Nachmittags 3 Uhr bei Herzog. - Neustadt a. d. Orla: Nachm. 3 Uhr im „Waldfischchen“. - Sagan: Nachm. 2 Uhr im Lokal „Deutsches Reich“, Fischendorfer Straße. - Seib: Vorm. 9 Uhr im „Ludwigskeller“. - Solingen: Vorm. 10 Uhr bei Wwe. Kirschner, Hochstr. 27. - Sunderburg: Nachm. 4 Uhr. - Swinemünde: Nachm. 3 Uhr bei Karl Dröge, Grüne Straße. - Schwarzenbach a. d. Saale: Nachm. 2 Uhr bei Christoph Mafel, Gasthaus „Zur Zukunft“. - Stargard i. Pomm.: Nachm. 3 Uhr bei Lebender, Luisenplatz. - Staßfurt: Nachm. 4 Uhr im „Fürstenthof“. - Stendal: Nachm. 4 Uhr bei Karl Grotze, Elisabethstr. 8. - Weizen: Nachm. 3 Uhr im Gewerkschaftshaus (Kleiner Saal). - Wisler, Bez. Burg i. Ditmarshagen: Nachm. 3 Uhr. - Worms: Vorm. 9 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Mainzer Straße.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 10. Juni starb an den Folgen eines Unfalles unser treuer Kamerad

Oskar Zorr

im Alter von 25 Jahren. [M. 3,60]

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Erfurt u. Umg.

Nachruf.

Am 18. Juni starb an den Folgen eines Unfalles, den er auf dem Heimwege von der Arbeit erlitten, unser treuer Kamerad

August Lübke

im Alter von 35 Jahren. [M. 3,90]

Ein treues Andenken bewahren ihm Die Kameraden der Zahlstelle Klütze.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.

Zahlstellen-Versammlung

Freitag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr: bei Horn, Hohe Bleichen 30.

- Tagesordnung: 1. Abrechnung vom ersten Quartal 1911. 2. Beschlussfassung über die vorliegenden Anträge zum Regulativ und zu den sonstigen örtlichen Bestimmungen unserer Zahlstelle. 3. Verbandsangelegenheiten.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre ersucht. [M. 1,50] Der Vorstand.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

Verwaltungsstelle München.

Samstag, den 1. Juli, abends 8 Uhr:

Quartalsversammlung

im Restaurant „Müllerbad“, Hans-Sachs-Straße 8. Zahlreichen Besuch erwartet [M. 1] Die Verwaltung.

Achtung, Zimmerer, Achtung!

Den zureisenden Kameraden in Warby ist bis auf weiteres das Umschauen verboten. Arbeitssuchende haben sich beim Kameraden Karl Jobs, Grabengasse 10, sowie beim Kameraden Karl Werner, Brücktorstr. 18, zu melden. [70 ¢] Der Vorstand.

Zahlstelle Ansbach i. B.

Das Verbandslokal befindet sich nunmehr im Gasthaus „Zum Tiger“ :: gegenüber dem Hotel „Zirkel“ ::

Jeden dritten Samstag im Monat, abends 8 Uhr, findet eine Versammlung statt. [80 ¢]

Zahlstelle Celle.

Den zureisenden Kameraden zur Nachricht, daß sie, bevor sie in Celle und Umgegend Arbeit annehmen, sich beim Kassierer L. Schmidt, Kreuzgarten, in der Zeit von 12 bis 1 Uhr und von 6 bis 7 Uhr zu melden haben. [60 ¢]

Zahlstelle Cuxhaven.

Wir ersuchen alle Vorstandsmitglieder und alle Mitglieder des Verbandes, die den Aufenthalt des Kameraden Adolf Sunkler (Verb.-Nr. 103 307), wissen, davon Mitteilung zu machen an Cl. Riebeling, Kassierer, Cuxhaven, Bernhardtstr. 14. [M. 2,10]

Zahlstelle Rostock.

Das Umschauen ist in unserer Zahlstelle streng verboten. Zureisende Kameraden haben sich beim Vorstehenden oder beim Kassierer zu melden. [50 ¢]

Zahlstelle Schönebeck a. d. E.

Das Umschauen ist in unserer Zahlstelle streng verboten; zureisende Kameraden haben sich beim Vorstehenden oder beim Kassierer zu melden. [50 ¢]

Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Jahresliste unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten A. S., jede weitere Zeile 2 M. mehr. Freieplane werden nicht verabsolgt. Neuaufnahmen erfolgen nach Einfindung des Betrages.)

- Altona, Bez. 15. Verkehrslokal und Herberge bei G. Brockmann, Sobmühlenstr. 26. Täglich jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat Zahlabend. Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen für Berlin und Umgegend. SO, Engelstr. 15, 3. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt IV, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden. O. Otto Plöger, Altkanalstr. 95. Amt VII, Nr. 854. Zahlstelle des Bezirks 1. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. O. August Steg, Warschauerstr. 61. Fernsprecher Amt VII, Nr. 3327. Zahlstelle des Bezirks 2. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge und Arbeitsvermittlung. O. Paul Reich, Krautstr. 36. Amt VII, Nr. 6716. Bezirk 4. Kassiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. SO, Wilhelm Grabert, Kaufplatz 8. Amt IV, Nr. 1903. Bezirk 5. Kassiert wird jeden ersten und dritten Sonntag und jeden zweiten und vierten Montag im Monat sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. SO, Gustav Jäkel, Sobmühlenstr. 46. Amt IV, Nr. 1708. Zahlstelle des Bezirks 6. Jeden ersten und dritten Sonntag sowie jeden zweiten und vierten Montag im Monat; Entgegennahme der Beiträge. S. Georg Brandt, Schöneinstr. 29. Amt IV, Nr. 8940. Bezirk 7. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge am dritten Montag im Monat Zahlabend der Zentraltrankentasse. SW, Reinhold Böhmchen, Kreuzbergstr. 12. Amt VI, Nr. 4281. Zahlstelle des Bezirks 8. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr; Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. W. Detrich Folger, Knyphäuserstr. 26. Fernsprecher Amt VI, Nr. 1398. Zahlstelle des Bezirks 9. Jeden Montag, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. NW, Karl Gutsch, Birkenstr. 29a. Zahlstelle des Bezirks 10. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge und Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. N. Johannilian, Bergstr. 62. Zahlstelle des Bezirks 11. Jeden Montag, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge und Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. N. Hermann Gumpz, Prinzenbühlstr. 5. Amt Moabit, Nr. 2845. Bezirk 12. Kassiert wird Sonntags, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Die ersten drei Montags im Monat Zahlabend der Zentraltrankentasse. N. Robert Gurn, Wellermaunstr. 2/3. Fernsprecher Amt III, Nr. 4651. Zahlstelle des Bezirks 13. Jeden Sonnabend, abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge und Arbeitsvermittlung. N. Gottl. Hoffmann, Swinemünderstr. 47. Amt III, Nr. 124. Bezirk 14. Kassiert wird Sonntags, vormittags von 10 bis 12 Uhr Montag nach dem 1. und 15. im Monat Zahlabend der Zentraltrankentasse. N. Otto Lügler, Stolpischestr. 44. Amt III, Nr. 8857. Zahlstelle des Bezirks 15. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr; Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. N. Karl Raack, Weidenburgerstr. 85. Zahlstelle des Bezirks 16. Jeden Sonntag, vormittags von 10 bis 12 Uhr; Entgegennahme der Beiträge und Arbeitsvermittlung sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. Berlin-Schöneberg. Ernst Döhr, Martin Lutherstr. 51. Amt VI, Nr. 7049. Zahlstelle des Bezirks 26. Sonntags, vormittags von 10 bis 12 Uhr; Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. Berlin-Wilmersdorf. August Natusch, Uhlandstr. 71. Amt Wilmersdorf Nr. 3263. Bezirk 27. Montags abends von 8 bis 10 Uhr; Entgegennahme der Beiträge sowie Zahlstelle der Zentraltrankentasse. Breslau. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Gewerkschaftshaus, Margaretenstr. 17. part. Geöffnet vorm. von 10 bis 12 Uhr u. nachm. von 3 bis 4 Uhr. Arbeitsloze und Zugereifte haben sich dort zu melden. Dortmund. Verkehrs-, Versammlungslokal und Herberge im Gewerkschaftshaus, Ecke Bessing- und Leibnizstraße. Arbeitsnachweis daselbst abends von 7 1/2 bis 9 Uhr. Zureisende Mitglieder sind verpflichtet, sich daselbst zu melden. Bezirk Lüttgen-Dortmund. Verkehrs- und Versammlungslokal Wirtschaft Kransfeld, Provinzialstraße. Versammlung jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat. Bezirk Eimern. Verkehrs- und Versammlungslokal Wirtschaft Hagedorn, Linen-Süd. Versammlung jeden ersten und dritten Sonntag im Monat, morgens 10 Uhr. Herberge Wirtschaft Sanders, Münkestr. 17. Bezirk Hörde. Verkehrslokal Wirtschaft Brücher, Benninghofstraße. Bezirk Schwerte. Verkehrslokal Restaurant Metastrone, Hörderstraße. Dresden. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge befinden sich im Volkshaus, Altbergstr. 2, 2. Et., 3. 27 und Maxstr. 13 (Rübe Wettiner Bahnhof); Telefon Nr. 10425.

Achtung, Zahlstelle Stade.

Allen zureisenden Kameraden wird zur Pflicht gemacht, sich vor dem Umschauen beim Vorstehenden L. Flint, Poststr. 16, zu melden. [50 ¢]

Die Herberge der fremden Zimmergefallen zu Braunschweig befindet sich jetzt Südfliet Nr. 8. [50 ¢]

Die fremden Zimmergefallen zu Braunschweig.

Hermann Franke,

Zimmerer (Verb.-Nr. 50 951), ist von Bad Riffingen abgereist unter Hinterlassung einer Schuld von M. 43. Um Nachricht über seinen Aufenthalt ersucht der Zahlstellenvorsitzende Heinrich Schroiner, Zimmerer, Hausen b. Bad Riffingen. [M. 1,80]

Georg Kraft,

Zimmerer aus Salzderhelden, sende Deine Adresse an Bauunternehmer Erwin Müller, Altsenburg (S.-M.), Münsker Straße 34. [90 ¢]

Zimmerleute

finden dauernde Beschäftigung bei 45 ¢ Stundenlohn und Vorkost. C. Mundt, Zimmermeister, Neumark i. Pomm. [M. 1,80]

15 bis 20 Zimmerleute

stellt sofort ein Otto Gröhn, Zimmermeister, Kröpelin. [M. 1,50]

Tüchtige Zimmerer

gesucht von Peter Sondermann, Olpe i. Westfalen. [M. 1,50]

8 bis 10 Zimmergefallen

zu sofort gesucht C. Albrecht, Zimmermeister, Vellahn i. Meckl., Bahnhofsstation Wrahstorf. [M. 1,80]

Zimmerleute

sofort gesucht K. Bauckmeier, Zimmermeister, Fernruf 305. Güstrow i. Mecklb. [M. 1,80]

- Frankfurt a. M. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Stolzestr. 13, auch Arbeitslozeinstr. 51, 2. Et., Zimmer 14. Telefon Amt I, Nr. 13 606. Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburg und Umgegend: Welfenbühlhof 57/66, 2. Et. Telefon: Gruppe III, 4426. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend beauftragten Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt. Hamburg-Altsiedl. Verkehrslokal bei Ch. Gröhn, Woblenhofstr. 20/20. Am ersten Mittwoch jedes Monats, abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr mittags werden Beiträge entgegengenommen. Hamburg-Hammerbrook. Ernst Gennig, Gothenstr. 68. Verkehrslokal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentraltrankentasse am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr. Hamburg-Neustadt. Bezirks- und Verkehrslokal bei Fr. Kröger, Großneumarkt 36, Keller. Telefon: Gr. I. 3809, Nr. 1. Beiträge werden Sonntags von 12-1 Uhr mittags entgegengenommen. Zusammenkünfte werden durch Laufzettel bekanntgegeben. Hamburg-St. Georg. Verkehrslokal der Zimmerer bei Fr. Prins, Ecke Bayer- und Borsigstraße. Jeden Sonntag von 11 bis 12 Uhr Mittag. Jeden zweiten Sonntag im Monat morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Hamburg-St. Pauli. Verkehrslokal bei D. Schmidt, Barteisstraße 63. Telefon: Gr. I. 3028, unter Peterhof. Jeden Sonnabend Zahlabend. Zusammenkunft jeden zweiten Sonnabend im Monat. Hamburg-Eimsbüttel. Albert Semde, Verkehrslokal, Welle-Altekannestr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentraltrankentasse. Telefon Gr. 6, Nr. 2782. Hamburg-Warmbeck. O. Niemyer, Deuhäbe 129. Vermittlung von Zimmererwerkzeug. Verkehrslokal bei E. Petersen, Rönningstr. 67. Am zweiten Montag eines jeden Monats Zusammenkunft. Sonntags vormittags von 11 bis 1 Uhr Beitragsentgegennahme. Hamburg-Hamm, Horn, Worfelbe. Verkehrslokal bei Peter Dose, Mittelstr. 95. Telefon: Gruppe 4, Nr. 747. Am ersten Montag eines jeden Monats Zusammenkunft. Hamburg-Ohlenhorst. Leop. Paedrin, Altkanalstr. 17. Verkehrslokal der Zimmerer. Jeden ersten Montag im Monat Zusammenkunft. Hamburg-Ottensen, Bez. 17. Verkehrslokal, b. S. Hedden, Wahrenfelderstr. 124. Zusammenkunft jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Hamburg-Rothendammstr. Verkehrslokal bei Ed. Möblich, Ecke Röbrens-damm und Bildehstraße. Telefon: Gruppe 4, Nr. 2100. Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 25 und 26. Verkehrslokal und Herberge bei Niedmann, Vogelbittenbeid 28, Telefon Gruppe IV, 3476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft. Hannover. Bureau und Arbeitsnachweis im Gewerkschaftshaus, Nikolaistr. 7, 2. Et., Zimmer 28. Telefon 3170. Geöffnet von 10 bis 1 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Sonntags von 11 bis 1 Uhr. Herberge Eingang Odenstr. 15/16. Jeden ersten und dritten Sonntag im Bureau Zahlstelle der Zentraltrankentasse der Zimmerer. Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. Et., Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden zweiten Mittwoch im Monat. Lübeck. Die Versammlungen der Zahlstelle finden Donnerstags nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52. part. Zimmererherberge bei Joh. Mohr, Sundestr. 101. München. Bureau der Zahlstelle: Kapuzinerstr. 7/9, 1. Et., Telefon 6590. Sprechstunden von 10 bis 12 und von 5 bis 7 1/2 Uhr. Arbeitslozen-merkung von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auszahlung der Messe-unterstützung von 5 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Versammlung jeden ersten Mittwoch im Monat in den „Zentralhäusern“, Neumarktstr. 1, 1. Stock. Verkehrslokal und Arbeitsnachweis: Kapuzinerstr. 7/9. Zentralherberge: Welfenbühlstr. 4a. Nürnberg. Bureau der Zahlstelle: Breitegasse 25/27, 2. Et., Mtb., Zimmer 15. Daselbst Auszahlung der Messe- und Arbeitslozenunterstützung. Versammlungen jeden ersten Dienstag im Monat in der „Goldenen Rose“, Webersplatz 6. Zentralherberge: Gewerkschaftshaus, „Stiftlicher Hof“, Neugasse 13. Arbeit suchende Kameraden werden erucht, den Arbeitsnachweis, Fabrikstraße 3, zu melden und sich im Zahlstellenbureau zu melden. Wilhelmshaven u. Umg. Bureau: Bant, Küstlingerstr. 28, pt. Geöffnet: Wochentags von 7 bis 8 Uhr abends. Zugereifte haben sich vor dem Umschauen nach Arbeit im Bureau zu melden. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.